

Bezugspreis: Für den Monat November 4.00. - Fr. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 29. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Neue Pariser Erklärungen.

„Nichts ohne die Alliierten!“

Paris, 28. November. (WTB.) Das amtliche Communiqué über den heutigen Ministerrat besagt: Ministerpräsident Poincaré hat den Ministerrat über den Verlauf der Beratungen, die gestern im Elysee stattfanden, in Kenntnis gesetzt, über die die ungenauesten Informationen veröffentlicht worden sind.

„Temps“ glaubt den sensationellen Charakter dieser Mitteilungen feststellen zu müssen. „Intransigent“ hofft, indem er von einem Communiqué von der gestrigen Sitzung spricht, daß die Alliierten von Frankreich vorher von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt worden seien, damit die Mitteilungen der Morgenpresse ihnen nicht ein wenig bräut und überraschend vorkämen.

Der Fanfare vom Morgen folgt die Schanade vom Abend. Es scheint, daß in der Regie etwas nicht geklappt hat.

Die Beziehungen der Havas-Agentur, des französischen WTB., zur französischen Regierung sind bekannt. Daß diese Agentur über die Absichten der Regierung, die ungenauesten Informationen veröffentlichten könnte, klingt unwahrscheinlich. Wahrscheinlich bietet die Bemerkung des „Intransigent“ den Schlüssel des Rätsels: man hat infolge einer übereilten Instruktion und aus innerpolitischen Gründen den französischen Marimalplan in die Welt hinausgeschleudert, ohne zu bedenken, daß es außer Mussolini auch noch andere Vertragspartner gibt, Leute, die nicht beim Morgenthauf mit der Nachricht überrascht sein wollen, was sie demnächst nach Pariser Vorschrift über das Schicksal Europas beschließen werden.

England nicht unterrichtet.

London, 28. November. (WTB.) Die Berichte der französischen Presse über eine drohende französische Besetzung des Rhein- und Ruhrgebiets finden in der Abendpresse große Beachtung. Von maßgebender Stelle verlautet, daß keinerlei Mitteilung in diesem Sinne von Seiten der französischen Regierung erfolgt sei. Im Unterhause teilte Bonar Law mit, er hätte keine Informationen, die ihn zu der Erklärung berechtigen, daß die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen bevorstehe (was imminent). Das Parlamentsmitglied Wedgwood fragte hierbei: Würde die Regierung, wenn irgendwelche Schritte in dieser Richtung getan werden würden, vorher darüber unterrichtet werden? Bonar Law erwiderte: Natürlich!

Unter der Ueberschrift „Frankreich verlangt Unmögliches“ schreibt der politische Berichterstatter des „Evening Standard“: Während die Verhandlungen in Lausanne so langsam vorwärtschritten, daß es aussah, daß Weihnachten ohne eine Regelung der Orientfrage vergehen werde, bereitete Paris Vorschläge für ein Verfahren in Deutschland vor, das unweigerlich ganz Europa in Verwirrung bringen müßte. Eine Aktion, wie sie die französische Presse andeutet, würde eine äußerst ernste Lage erzeugen, ganz abgesehen von der Verwirrung, die sie in Deutschland anrichten müßte, sowohl in industrieller wie in finanzieller Hinsicht. Die französischen Vorschläge werfen Fragen auf, an denen Großbritannien sehr stark interessiert sei. Es sei vielleicht nicht nötig, die französischen Pläne tragisch zu nehmen, denn sie seien immer bedingt; aber es sei sicher notwendig, sie ernst zu nehmen. Die britische Regierung würde gut tun, in sofortige und enge Fühlung mit der französischen Regierung zu treten und zu sagen, wie weit die Politik beider Länder miteinander einig gehen könnte.

Eine Rückzugskanonade.

Paris, 28. November. (WTB.) Der „Temps“ versucht in seinem Leitartikel den durch die Morgenpresse verbreiteten Nachrichten über die gestrige Konferenz im Elysee ihren sensationellen Charakter zu nehmen und sagt, die Stellung Frankreichs habe sich seit der Erklärung, die Reichskanzler Cuno im Reichstage vertlesen habe, nicht geändert. Man wisse nicht, ob die Partei der deutschen Industriellen mit der Reparationskommission, als diese sich in Berlin befunden habe, nur ihr Spiel getrieben und sie benutzt habe, um die Macht an sich zu reißen. Es sei aber festzustellen, daß seit der Uebernahme der Regierung durch den jetzigen Reichskanzler Frankreich zumindest ebenso stark wie unter der Regierung seines Vorgängers davon bedroht sei, nicht das zu erhalten, was ihm zustehe. Der „Temps“ unterstreicht noch einmal seinen Standpunkt, daß Frankreich Deutschland kein Recht hat, ohne Völkervertrag im kommenden Januar gewähren zu können, ohne Völkervertrag in der Hand zu haben. — „Journal des Debats“ sagt, die neue deutsche Regierung mache sich ohne einen Vorbehalt den Inhalt der Note vom 4. November zu eigen. Deutschland berufe sich auf die Währungs- und Finanzlage, in die es ohne Widerstand hinabgeschliffen sei, und verlange Hilfe, rede aber nichts von seinen Verpflichtungen, oder nur insofern, als es sie umgehen wolle. Diese Lage würde zunächst die Reparationskommission, nachher die Brüsseler Konferenz einer Prüfung unterziehen. Die Reparationskommission trete eben an diese Aufgabe heran. Sie habe sämtliche Unterlagen zusammen, deren sie bedürfe. Wenn sie vorgehe, wie der Vertrag annehmen ließe, nämlich als souveräne Einrichtung, wenn sie über

den Fall, der zu ihrer Zuständigkeit gehöre, ihren Spruch fällte, so könnte sie die Verhältnisse Deutschlands feststellen und die Reparationen damit befestigen.

Wird aber, so fragt das Blatt, die Reparationskommission tatsächlich in der Lage sein, so zu verfahren? Das sei nur eine erste Frage, eine zweite sei die, was die Brüsseler Konferenz beschließen werde. Der Zusammentritt dieser Konferenz sei im Prinzip auf den ergebnislosen Ausgang der Londoner Konferenz beschlossen worden. Seitdem aber hätten sich sehr viele Dinge abgespielt. Wird die Brüsseler Konferenz stattfinden, fragt das „Journal des Debats“, und wenn ja, was wird sie beschließen und wird sie überhaupt etwas beschließen? Daraus sei zu ersehen, daß das Reparationsverfahren nicht einfach liege. Zunächst müsse über die Zahlungen für 1923, die nächsten Reparationszahlungen, von denen Frankreich seinen Anteil haben sollte, Bescheid gefaßt werden und die französische Regierung dürfe diesen Termin nicht unnötig verstreichen lassen. Aber die französische Regierung könne ihre Entschlüsse nicht fassen, ohne mit ihren Alliierten verhandelt zu haben und ohne mit ihnen einig zu sein.

Tendenzvolle Gerüchte.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit: Die pessimistischen Nachrichten aus Paris geben natürlich Anlaß zu den verschiedenartigsten Kombinationen. Hierunter fallen vorläufig auch die Meldungen, daß die Reichsregierung in den Besitz einer Note der französischen Regierung gelangt sei, in der darauf hingewiesen wird, daß, falls die Lösung der Reparationsfrage nicht durch schnelle Vorschläge der deutschen Regierung sichergestellt wird, Frankreich genötigt sei, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um sich Pfänder zur Sicherung der Erfüllung ihrer aus dem Versailler Vertrag stammenden Forderungen zu schaffen. Eine derartige Note ist bisher nicht in den Besitz der Regierung gelangt. Ebenso ist eine Note des Garantiekomitees, die Protest erheben soll gegen die den deutschen Kreditern gewährten Subsidien und die sofortige Streichung des Postens von 80 Milliarden Papiermark aus dem außerordentlichen Etat verlangt, bisher nicht in Berlin eingetroffen.

Preise sozialistischer Zeitungen.

Ein internationaler Vergleich.

Es kosten zum Kurs vom 28. November 1922 umgerechnet im Monat, zum Teil ohne Zustellung ins Haus, monatlich:

Table with 2 columns: Zeitung, Preis. Includes titles like 'Het Volk, Amsterdam', 'Le Peuple, Brüssel', etc.

Das Interessante an diesem Vergleich ist, daß die sozialistischen Blätter nicht nur in den valutatarken Ländern zwei- bis achtmal so teuer sind wie der „Vorwärts“, sondern daß auch im valutatarmen Oesterreich die Arbeiter-Zeitung mehr als doppelt soviel kostet als der „Vorwärts“. Daß in all diesen Ländern die Löhne, in Mark umgerechnet, höher sind als bei uns, ist selbstverständlich, sonst wären jene Blätter längst von der Bildfläche verschwunden. Trotzdem bleiben zwei Tatsachen bestehen: 1. Der nach unseren Begriffen teuer gewordene „Vorwärts“ schlägt immer noch jeden internationalen Billigkeitsrekord. 2. In allen Ländern müssen die Anhänger der sozialistischen Bewegung große Opfer bringen, um ihre Blätter am Leben zu erhalten. — Das werden sie auch bei uns tun!

Der Kampf um die Republik.

Die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik hielt am Sonntag ihre erste Hauptversammlung ab. Der Zweck der Gesellschaft ist nach den Satzungen die Zusammenschließung der politischen Kräfte, die eintreten für Durchführung und Ausbau der republikanisch-demokratischen Verfassung, für Neubildung der Verwaltung und der Rechtspflege, des Wirtschaftslebens und des Bildungswesens auf Grundlage demokratischer Gerechtigkeit unter Beseitigung aller Klassenunterschiede und für Wiedereinrichtung des Bürgerbundes und dessen Umgestaltung aus einem Bunde von Staaten zu einem Bunde der Völker. Der Sitz der Gesellschaft ist Magdeburg. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik verurteilt aufs schärfste das Verhalten der demokratischen Partei und des Zentrums, die es vorgezogen haben, mit den Kreisen der Schwerindustrie statt mit der Arbeiterklasse zusammenzugehen. Sie erblickt ihre Hauptaufgabe in der Schaffung einer sozialistisch-demokratischen Arbeitsgemeinschaft.“

Englischer Protest gegen die Ausländerbesteuerung in Deutschland. Die englische Regierung protestiert gegen die Sonderbesteuerung von Ausländern in Deutschland, weil ein solches Vorgehen eine Verletzung des Versailler Vertrages darstelle.

Die Wahlen in Polen und Litauen

Von Dr. Alfred Roffig.

Die vor kurzem vollzogenen Wahlen in den beiden östlichen Nachbarländern Deutschlands haben ebenso überraschende, wie lehrreiche Resultate geliefert. In Litauen sowohl wie in Polen ruht das Unerwartete in dem Schicksal der Minoritäten.

Litauen hat sich bis zu dem Zeitpunkt der Wahlen den Ruf eines liberalen, demokratischen Staates zu machen gewünscht. Dant den Konzessionen, die es den Minoritäten, insbesondere der national organisierten jüdischen Bevölkerung gemacht hatte — bekanntlich hat man ein Ministerium für jüdische Angelegenheiten errichtet — wurde allgemein angenommen, daß der neue litauische Sejm eine vorbildliche Vertretung der schwächeren Völkerguppen aufweisen würde.

Die Dinge haben aber in Litauen eine ganz andere Wendung genommen. Vor allem trat eine starke Bewegung gegen das früher aus guten Gründen sehr rücksichtsvoll behandelte deutsche Element in Erscheinung. Man entzog vielen Deutschen das Miet- und Bohnrecht in Litauen und verfügte Massenausweisungen. Die Rivalität mit Deutschland in bezug auf das Memelgebiet und die Bedrohung des weiteren Bestandes der deutschen Emissionsbank „Dit“ im Zusammenhang mit der neuen Goldwährung verschärfen diesen Konflikt.

Nicht weniger brutal ging man gegen die Juden vor, wenn man sie auch als Inländer nicht ausweisen konnte. Nachdem der Finanzminister Petrulis durch dilettantisch überstürzte Einführung der Goldwährung eine unerhörte Teuerung mit allen ihren schädlichen Folgen hervorgerufen hatte, versuchte er die Schuld an den Mißständen auf die jüdische Bevölkerung abzumälen. Er erklärte einer Delegation der jüdischen Kaufmannschaft: „Pogrome werden und müssen kommen und ich werde keinen Finger rühren, um Euch zu verteidigen“.

Den Weg offener Vergewaltigung der Minderheiten betrat die christlich-nationale Majorität nach Abschluß der Sejm-Wahlen. Man annullierte die den Minderheiten durch die Abstimmung zugefallenen Mandate und beschränkte ganz willkürlich ihre Abgeordnetenzahl auf ein Minimum. Die Proteste der Abgeordneten und des Vertreters Litauens im Völkerbund, Prof. Woldemaras, waren fruchtlos. Die Deutschen und die Polen, die Juden und die Weißruthenen werden daher den litauischen Sejm gar nicht betreten.

Einen direkt entgegengesetzten Verlauf nahmen die Ereignisse in Polen. Hier hatten die monatelangen Beratungen über die neue Wahlordnung die Majorität darauf vorbereitet, daß eine starke nationale Majorität den nichtpolnischen Minderheiten durch eine Wahl-Arithmetik besonderer Art das Erlangen von Mandaten außerordentlich erschweren würde. Diese Kombinationen haben jedoch verfehlt. Die Minderheiten haben durch Bildung eines Blocs das Mittel gefunden, um als eine der stärksten Gruppen aus den Wahlen hervorzugehen. Ausschlaggebend für dieses überraschende Wahlergebnis war die Beteiligung der Randgebiete, in denen die nichtpolnischen Elemente überwiegen.

Durch den Wahlsieg der Minderheiten hat sich die ganze innenpolitische Lage Polens erheblich verändert. Wenn wir das Stärkeverhältnis der nunmehrigen Hauptgruppen im Sejm prüfen, tritt uns die neue Physiognomie Polens, als Ergebnis der Erweiterung und Stabilisierung seiner Grenzen, klar entgegen. Wir übersehen dann auch die Möglichkeiten, welche die so geschaffene innenpolitische Lage in sich birgt, mit fast mathematischer Genauigkeit.

Der neue Sejm zählt 444 Abgeordnete. Die Rechte hat unter Führung der National-Demokraten eine vereinigte parlamentarische Gruppe, den „Christlichen Bund der nationalen Einheit“ gebildet. Dieser große national-liberal-klerikale Bloc hatte mit Zuversicht die Erlangung einer erdrückenden Majorität im Sejm erwartet. Es fielen ihm jedoch nur 163 Stimmen zu und er kann höchstens nur noch auf einige Wittläufer rechnen. Das dieser Gruppe nahestehende ehemalige Zentrum verschwand vollständig von der Bildfläche. Dagegen verfügen die polnischen Linksparteien — die Sozialdemokraten, die Arbeiter und die Bauern — zusammen über rund 188 Mandate, demnach über eine Majorität von über 20 Stimmen.

Diesen zwei aus dem alten Sejm her bekannten Gruppen steht nun der Bloc der Minderheiten mit einigen Änneren gegenüber. Und zwar umfaßt der Bloc 18 Deutsche, 23 Juden (Riminen und Orthodoxe), 19 Ukrainer, 11 Weißruthenen, einen Russen, insgesamt 71 Abgeordnete. Diesen schließen sich noch 5 Litauern (Ukrainer) und ein Vertreter der jüdischen Massenpartei an, so daß die Minderheiten im Sejm insgesamt 77 Stimmen haben. Da manche Abgeordnete in mehreren Bezirken gewählt wurden, wird sich diese Zahl auf 80 bis 90 erhöhen.

Im Senat, welcher 111 Abgeordnete umfaßt, besitzen die Rechtsparteien 51 Mandate, die Linksparteien 34; der Bloc der Minderheiten 22, davon 5 Deutsche, 8 Juden, 5 Ukrainer, 3 Weißruthenen, einen Russen. Dem Bloc schließen sich noch 4 jüdische Senatoren aus Galizien an, so

daß er insgesamt 26 Stimmen zählt, wovon auf die Juden 12 entfallen.

Diese Ziffern belehren uns zunächst über zwei Tatsachen. Polen hat die Bewegung nach rechts, welche nach faschistischem Muster erwartet wurde, nicht vollzogen. Die Linke ist aus den Wahlen verstärkt hervorgegangen, auch die Sozialdemokraten haben 7 neue Sitze errungen. Das ist das eine. Das zweite ist die nicht mehr aus der Welt zu schaffende starke Vertretung der nationalen Minoritäten. Das kleine Litauen konnte seinen Sejm nach Balkanvorbildern willkürlich ummodellieren. Ein großer Rechtsstaat muß seine eigenen Gesetze respektieren. Wohl laufen die polnischen Nationalisten Sturm gegen den Block der Minderheiten. Sie behaupten, daß in Wolhynien von den Ukrainern Bahnhofsbrände vorgekommen seien und daß diese Mandate annulliert werden müßten. Mit Recht antwortet ihnen aber der sozialdemokratische „Robotnik“, daß dies nur eine zweifelhafte Behauptung sein würde, da bei 85 Prozent polnischer Bevölkerung die Polen im Falle neuer Wahlen höchstens 1-2 Mandate gewinnen könnten.

Die nächstliegende Annahme, daß nunmehr die Linke mit dem Block der Minoritäten eine ständige, feste Majorität im Sejm bilden und eine fortschrittliche, liberale Innenpolitik führen werde, kann bei näherer Prüfung nur als eine der Möglichkeiten, keineswegs aber als eine Notwendigkeit des neuen Sejm bezeichnet werden. Schon jetzt macht die Rechte verzweifelte Anstrengungen, um die Bauernpartei von der Linken und dem Minderheitsblock loszutrennen und zu sich herüberzuziehen. Sie ist bereit, dem Bauernführer Witos als Preis dieser Schwankung die Präsidentschaft der polnischen Republik anzubieten. Ob er das Bündnis annehmen wird, ist vorläufig sehr fraglich.

Als unwandelbar feststehend kann man nur die Tatsache betrachten, daß die Vertretung der nationalen Minderheiten im polnischen Sejm fürderhin nicht mehr ignoriert werden kann. Die Diskussion, welche aus diesem Anlaß in der polnischen Presse geführt wird, ist als Vorläufer der diesbezüglichen Sejm-Debatten sehr instruktiv. „Das Verhältnis des Sejms zu den östlichen Randgebieten und zu den fremden Völkern in Polen muß geändert werden, und zwar rasch“ — schreibt der sozialistische „Robotnik“. Die letzten Wahlen zwängen die leitenden polnischen Kreise, sich mit dem Schicksal der nichtpolnischen Staatsbürger ernstlich zu befassen. Sie müssen begreifen, daß das heutige Polen zu den Staaten von gemischter Bevölkerung gehört. Sie müssen sich ferner die ganze Bedeutung des Nationalitätenprinzips klar machen. Dieser Faktor, welcher zur Zeit des Wiener Kongresses noch geringfügig behandelt wurde, hat seither eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Er hat sich als schöpferische Macht bewährt, der mit überrollender Schnelligkeit aus unorganisiertem Volksmaterial neue Staaten zu bilden vermag. Dagegen hat seine Kraft in negativer Richtung, d. h. in der Entwurzelung von anderen Nationalitäten, völlig versagt. Weder Ungarn, noch Preußen haben mit ihrer Entnationalisierungspolitik Resultate erreicht. Die nationalen Minoritäten haben ihre Fesseln zu sprengen verstanden. Nur dort haben sie dem größeren, gemeinsamen Staatsgebilde auch in kritischer Stunde Treue bewahrt, wo sie mit Berechtigung behandelt wurden.

Lehrstuhl im Adner Spritprozeß. Wie bereits gemeldet, wurde die Verhandlung in dem Spritprozeß wegen eines Unfalles des Angeklagten Leod auf unbestimmte Zeit vertagt. Nur gegen drei Angeklagte, deren Fälle schon gefädelt waren, wurde weiter verhandelt, und zwar gegen Schreiber, Krüger und Beermann. Das Urteil lautete gegen Schreiber auf drei Monate Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe, auf Beermann auf zwei Monate Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe, bei Krüger auf 30 000 M. Geldstrafe, ferner auf Einziehung der Liebergewinne. In der Urteilsbegründung heißt es, es liege unerläuterter Handel und Bucher vor. Bei Beermann lasse erschwerend ins Gewicht, daß er Jurist sei. Schreiber habe sein Amt bei der Frankfurter Nebenstelle mißbraucht, bei Krüger würde als Milderung der Umstände betrachtet, daß er in großer Not gewesen sei.

Der schreckliche Meyer.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Ich wurde verfehlt. Als ich meinen bisherigen Mitarbeitern die neue Wirkungsstätte nannte, blieb es sofort: „Ach, das ist ja dort, wo der schreckliche Meyer amtiert.“ Nehmen Sie sich nur vor diesem Menschen in acht! Ich erkundigte mich an den verschiedenen Stellen nach dem „schrecklichen Meyer“, der amüßlich „Meyer II“ hieß, und erfuhr nichts als Scherzreden über ihn. Er sollte ein ganz radikaler Sportler sein, mit aller Welt in Streit sich befindend, ein liebesüchtiges Leben führen, viele Schwestern haben, in einer Art Räuberhöflichkeit hausen, vollständig unfähig sein, sich für etwas Schönes oder Gutes zu begeistern, seine Amtspflichten ganz mangelhaft erfüllen usw.

Und mit diesem „schrecklichen Meyer“ hatte ich zusammen an einem Pulte zu arbeiten. Die Vorstellung ging schnell und auf beiden Seiten kurz und knurrig vor sich. Gleich an den ersten Tagen bemerkte ich, daß Meyer II zwar durchaus nicht in seiner Berufsarbeit aufging und daß einer, der studieren wollte, mancherlei hätte aussetzen können, aber im großen und ganzen war seine Amtsführung in Ordnung. In kleinen Sachen verfuhr er ziemlich „großartig“. Wichtige Arbeiten aber und vor allem solche, die Selbstständigkeit erforderten, erledigte er schnell und sicher. Sachen, an die sich andere nicht gern wagten, übernahm er ohne viel Umstände; und man konnte sich auf ihn verlassen.

Bei seinen Vorgesetzten war er nicht gut angefahren. Das lag daran, daß er nicht um ihre Gunst buhete und sich nichts, aber auch gar nichts, gefallen ließ. Obwohl er mehrmals übergegangen und zurückgesetzt worden war, hatte er doch mehr erreicht als mancher Streber unter seinen Berufsgenossen. „Oben“ schien man seinen Wert zum Teil erkannt zu haben!

Eines Tages hatte er mir — allerdings in seiner knurrigen Art — einen sehr wertvollen Dienst erwiesen. Da mir ein Stück des Heimweges gemeinsam hatten, konnte ich diesmal nach Dienstschluß nicht gut allein gehen, sondern mußte ihm anstandslos halber Gesellschaft leisten. Das wiederholte sich einige Male. Ich machte mir aus den merkwürdigen Sätzen der anderen immer weniger. Bald kam es so weit, daß der „schreckliche Meyer“ und ich nicht bloß zusammen heimgingen, sondern uns auch auf dem Weg zur Amtsstätte trafen.

Ob wir reden wollten oder gar nicht, wußte ich nicht. Manchmal aber kam eine sehr anregende Unterhaltung zustande. Zu meiner Freude entdeckte ich, daß mein Pultgenosse sich für ähnliche Dinge wie ich interessierte, nur mit dem Unterschied, daß er vielfach besser und gründlicher Bescheid wußte. Unfähig, sich für etwas Gutes und Schönes zu begeistern, war er also nicht! Daß er ein ganz radikaler Sportler sei, stimmte ebenfalls nicht. Er liebte, wie ich aus sicherer Quelle erfuhr, der Sozialdemokratischen Partei schon seit Jahren an. Ueber seine Lebensführung sagte er nur, daß er Junggeselle wäre und eine eigene Wohnung habe.

Schon mehrmals hatte er mich eingeladen, ihn in seinem Heim zu besuchen. Ich war dieser Aufforderung noch nicht nachgegangen, weil mir vor der „Räuberhöflichkeit“ graute. Eines Tages aber fand ich keine Ausrede und mußte zu ihm gehen, wenn ich nicht als unhöflich erscheinen wollte.

Das Geheimnis der Industrie.

Faßt die gesamte Berliner Presse von Dienstag abend äußert sich zu unseren Ausführungen über die geheimnisvollen Reparationspläne der deutschen Industrie, wobei nicht ein einziges, auch noch so industriefreundliches Organ den Versuch unternimmt, die Tatsache zu bestreiten, daß solche Pläne von deutscher industrieller Seite während der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin entwickelt worden seien. Die von uns angegebenen Einzelheiten, die von verschiedenen Blättern als unrichtig bezeichnet werden, konnte man bereits vor etwa zehn Tagen in der französischen Presse lesen, u. a. in einem Telegramm des Berliner Sonderberichterstatters des „Radical de Marseille“, das von der gesamten Pariser Presse und einem Teil der englischen abgedruckt wurde. In diesem Bericht wurden als die Urheber des großen Anleiheplanes neben den Geheimräten Deutsch und Kempner auch der Bankdirektor Hjalmar Schacht genannt. Die betreffenden Herren haben es damals nicht für notwendig erachtet, diesen Behauptungen entgegenzutreten, was doch sicher im deutschen Interesse gelegen hätte. Die „Kreuzzeitung“ hält es für durchaus möglich, daß einzelne deutsche Herren ihre Pläne den anwesenden Mitgliedern der Reparationskommission entwickelt, ja, daß sie sogar dabei innerpolitische Ziele verfolgt hätten, versichert jedoch, daß es sich dabei nur um unverantwortliche Personen gehandelt haben könne.

Wir fragen nun, wo hört in industriellen Kreisen die Verantwortlichkeit auf und wo beginnt die Unverantwortlichkeit? Man hat in der Tat das Gefühl, als ob gewisse Industriekreise frei von jeder Regierungsverantwortung sich in ihrem Verkehr mit Mitgliedern der Reparationskommission zu einer Art Nebenregierung aufgesetzt hätten, für deren Besprechungen Frankreich nunmehr das Kabinett Cuno verantwortlich machen will.

„Germania“ und „Boss. Ztg.“ glauben nicht, daß die Behauptungen der deutschen Industriellen mit Barthou die wahre Ursache des Verlangens nach der großen Koalition, also der Regierungskrise, gewesen seien. Das ist auch von uns nicht behauptet worden, sondern wir haben lediglich gesagt, daß die durch diese Besprechungen im Ausland und im Inland geschaffene Atmosphäre des mangelnden Vertrauens in die Regierung Wirth mit zu den Ursachen der Krise gehört hat. Im übrigen sind diese beiden Blätter mit uns der Ansicht, daß die ganze Angelegenheit dringend der Klärung bedürfe, und daß es nicht bei den bisherigen unklaren Dementis bleiben könne, vielmehr müßten die Beteiligten klipp und klar erklären, was für Vorschläge überhaupt gemacht worden seien.

Das ist ganz unsere Meinung und das war auch der Zweck, den wir mit unseren Ausführungen verfolgten. Eine solche Klarstellung ist nach den jüngsten Ereignissen in Paris um so nötiger, als die „Zeit“ hervorhebt, die in dem Communiqué der Havas-Agentur ausgesprochenen Drohungen vielfach als eine PreSSION auf die deutsche Industrie gedeutet werden.

Ein Geständnis.

Die „München-Kugsburger Abendzeitung“ veröffentlicht eine Erklärung des Bundes „Oberland“ zum Fall Römer-Graf. Der Bund „Oberland“ sieht sich genötigt, zuzugeben, daß Hauptmann a. D. Römer, einer der Gründer der Oberlandbewegung, am 26. Juli 1922 dem damaligen Kommunisten Graf aus den für den Bund zur Verfügung gestellten Mitteln eine Summe von 150 000 M. angeblich zur Abzahlung einer auf einer Rotationsmaschine der „Neuen Zeitung“ stehenden Schuld übergeben hat. Der Bund muß zugeben, daß in Oberschlesien deutschpolitische und kommunistische Hand in Hand gearbeitet haben. Er kann nicht ohne weiteres ablegen, daß Fritz Römer verflucht hat, sich sozialistischen Blättern zu nähern. Wenn der Bund „Oberland“ seinem kompromittierten Schöpfer den Fehltritt verzeiht und eine Scheidewand zwischen sich und den nationalsozialistischen Gedankengängen zu ziehen versucht, so entspricht das zwar durchaus der urdeutschen östlichen

Taktik, an den Tatsachen selbst vermag er aber nichts zu ändern: ein kommunistisches Zeitungsunternehmen ist mit östlichen Geldern stillgemacht worden, Kommunisten und Bötsche haben einträchtig miteinander gearbeitet. Beswegen der Mann aus dem Osten mit der berechneten Sprache wahrscheinlich auch fälschlich in der „Deutschen Zeitung“ den Schwur getan hat: „Wir kämpfen für ein Deutschland, das wirklich deutsch sein soll und eher deutsch sterben mag als jüdisch verderben. Den Weg Käterschlands wollen wir unter gar keinen Umständen gehen, und schon deswegen ist und bleibt unser Botspruch für und für: Gut östlich!“ Da also!

Arbeit für Poincaré.

Im deutschnationalen „Tag“ leistet sich ein Vaterlandsbegeisterter diese Phraserei:

Die kommenden französischen Generationen werden zu ihrer Stunde Herrn Raymond Poincaré und seine Politik von ganzem Herzen begrüßen. Das Volk jenseits der Vogesen, dessen Führer soeben wieder ihren glänzenden Giebel zu uns herüberenden, ist nicht robust genug, um seiner wohlverdienten Strafe auch nur drei Jahrzehnte zu ergehen. Es wird für seine heutige kalkfällige Bosheit vollaus geschädigt werden, noch ehe das Haar auf den Schellen unserer jungen Kinder ergraut.

Dem Herrn Raymond Poincaré wackelt sein Thron. Damit er nicht stürze, liefern die Deutschnationalen dem französischen Nationalblat das nötige Stützwerk. Die Poincaristen werden den „Tag“ segnen, der ihnen so brillante Argumente zur Aufpeitschung nationaler Instinkte liefert. Was sollen aber die Deutschen mit den Herrschaften anfangen, die so freventlich mit dem Geschick des eigenen Volkes spielen?

Dreißigfache Grundmiete.

Im Landtag beantwortete Wohlfahrtsminister Hirsfelder die beiden schon mitgeteilten Anfragen über die Mietpreise und erklärte: Die im Juni d. J. gezogenen Grenzen sind natürlich heute nicht mehr zutreffend. Deshalb hat die Regierungspräsidenten ermächtigt, für die laufenden Instanzverfahren höhere Prozentsätze zuzulassen. In zahlreichen Einzelfällen sind andere Abmachungen genehmigt worden. Heute noch wird den Regierungspräsidenten eine Neuordnung mitgeteilt, wonach eine

allgemeine Erhöhung der Sätze

stattfindet. Die Gemeinden, die mit 40 Proz. nicht auskommen können, erhalten das Recht, die Zinsen anzulegen. Für die laufenden Instanzverfahren sind Erhöhungen bis zu 200 Proz. zugelassen, wo die Aufwandsverordnung nicht angewandt wird, bis zu 300 Proz. Für große Instanzverfahren sollen nach wie vor im allgemeinen bis zu 150 Proz. zugelassen werden. Für die Verwaltungsinstanzen sind Erhöhungen bis zu 200 Proz. zugelassen. Die Gemeinden können diese Dinge selbst regeln. Die Instanzverfahren für die Wohnungen sind den Mietern auferlegt. Sie haben auch die gesamten Betriebskosten zu tragen. In Berlin wird im Dezember mindestens die 30fache Grundmiete gezahlt werden. Dazu kommt die Wohnungsabgabe. Im großen Umfange ist also den tatsächlichen Bedürfnissen Rechnung getragen.

Genosse Meyer-Solling betonte, daß wir es der preußischen Hygienepolitik verdanken, wenn wir heute keine Salubritäten haben. Die Mieter hätten dadurch Milliarden erspart, die sonst vielleicht in die Taschen der Hausbesitzer geflossen wären, ohne für Reparaturen und den Neubau verwendet zu werden.

Frau Wolfflein (Komm.) begründet alsdann den kommunistischen Antrag, der für Max Höp Unterbrechung des Strafprozesses verlangt. Genosse Jaber betont, dem Reichsammeleauschuß habe ein Enabengesuch nicht vorgelegen. Geheimrat Schumann erklärt, der Strafprozess liege in den Händen der Reichsjustizverwaltung. Bisher habe Hoffnungslosigkeit nicht vorgelegen. Ich kann persönlich bezeugen, daß sich das Befinden von Höp im Wite Oktober sehr gebessert hatte.

Der Antrag der Kommunisten wird darauf gegen ihre Stimmen abgelehnt. — Innenminister wird ein deutschnationaler Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Regelung des Verfahrens beim Volksbegehren und Volksentscheid. Darauf vertagte sich der Landtag auf Mittwoch 12 Uhr.

Die monarchistische Tradition. Aus Konstantinopel wird mitgeteilt, daß der abgelebte Sultan Mohammed VI. bei seiner Flucht 120 000 Pfund Sterling mitgenommen hat.

Der „schreckliche Meyer“ wohnte in einem abseits gelegenen, etwas altertümlichen Häuschen. Es war ganz in wilden Wein eingepflanzt und gehörte Verwandten, die ihm auch die Wirtschaft führten. Seine Wohnung lag im Dachgeschoss. Ich war überrascht, wie heimlich alles eingerichtet war. Meyer lud mich ein, sein Abendbrot, das er mit viel Geschick selbst bereiteite, mit ihm zu teilen. Wir speisten auf dem Balkon, der vor Küche und Schlafzimmer gebaut war. Auf der Brüstung standen Kästen mit Hängematten. Binden und Wäden rauten in die Höhe. Ich konnte durch ein Fenster in die Schlafstube blicken. Von einer „Räuberhöflichkeit“ oder von einer Straße „wüster Orgeln“ war nichts zu sehen!

Nach dem Essen begaben wir uns ins Wohnzimmer. Ich war erstaunt. Auf meine Frage, wem die Möbel gehörten, antwortete er, sie seien sein Eigentum, und er habe sie früher von seinen Ersparnissen Stück für Stück gekauft. Lediglich den Stuhl links in der Mitte des Zimmers habe er geerbt. Durch die Kristallglocken zweier Bücherregale sah ich, daß der eine mit wissenschaftlichen, der andere mit Werken der schöngeistigen Literatur angefüllt war.

Mein Gastgeber fragte mich, ob wir ein wenig mustern wollten. Als ich mit Freuden zustimmte, ließ er den Rollstuhl eines Schränkchens herunter. Ich sah lauter gediegene Stücke und fand auch die Klavierwerke von Johannes Brahms, meinem Lieblingskomponisten. Meyer spielte mir auf meinen Wunsch hin den langsamen Satz aus der F-Mod-Sonate mit einer Gemütsstärke vor, die ich ihm nicht zugetraut hätte. Eine Weige befah er auch. Darauf spielte ich eine Sonate von Händel, während er mich begleitete. Danach unterhielten wir uns; und er erzählte mir verschiedenes aus seinem Leben. Schließlich sagte ich ihm auch, daß man ihn den schrecklichen Meyer nennt, und was für Verleumdungen über ihn verbreitet werden. Er wußte dros und sagte: „Damit habe ich mich abgefunden. Ist man ein Durchschnittsmensch oder gar ein dummer Kerl, so wird einem kein Haar gekrümmt. Kann man aber etwas, gestaltet man sein Leben ohne Rücksicht auf das, was andere für gut befinden, und hat man gar eine eigene Meinung und vertritt sie, dann — na dann —, na das weitere können Sie bei Kleische nachlesen wo „Von den Fliegen des Marktes“ die Rede ist!“

Shaw über den „Anfuh der Wahlen“. Das Wahlfieber, das jetzt wieder durch ganz England tobt, hat dem Satiriker und scharfsichtigen Kritiker unserer Gesellschaftsordnung G. B. Shaw Anlaß gegeben, sich über die heutigen Wahlmethoden in einem satirischen Vortrag zu äußern, den er vor der Fabian Society hielt. In diesen Ausführungen, über die im „Manchester Guardian“ berichtet wird, erklärt er das gegenwärtige System, die Vertretung des Volkes auszumachen, für einen lächerlichen Anfuh und zeichnet in scharfen Linien die absurden Wege, auf denen gegenwärtig Menschen zur Regierung berufen werden. Er meint, daß es eine ganze Anzahl von Männern gäbe, die zum Herrschen geeignet seien, aber die Engländer seien bisher zu blöde gewesen, um die richtigen Mittel zu finden, diese zu entdecken. Wollen sich heute die wirklich Berufenen als Kandidaten ausstellen lassen, so würden sie zweifellos nicht gewählt werden, weil sie als überlegene Persönlichkeiten der durchschnittlichen Masse notwendigerweise unpopulär und daher nicht populär sind. Die Leute, die gewählt werden, sind nach Shaws

Ansicht gerade diejenigen, die das gewöhnliche Mittelmaß haben und die sich durch Heuchelei oder Charakterlosigkeit bei der Masse einschmeicheln wissen. Wie kann man aber nun die wirklich fähigen Männer herausfinden? Was für Mittel und Prüfungsverfahren gibt es? Shaw gestand nach dieser vielversprechenden Frage, daß er die Antwort nicht wisse. Prüfungen seien abzulehnen, denn man würde damit nur Lehret rüsten, die wieder andere lehren, wie man die Prüfungen besteht. Auch die Vorbereitung durch den Verwaltungsdienst lehnte er ab, denn dadurch würden nur Erfahrungen, aber nicht Fähigkeiten gefördert. Es sei also eine andere Methode nötig, die er selbst nicht wisse; eins aber wisse er, daß die gegenwärtigen Methoden sinnlos und lächerlich seien. Vor allem dürfe man nicht nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei, nach dem Reichtum oder der sozialen Stellung auswählen, denn der also Gewählte werde doch nur die Interessen der Klasse vertreten, zu der er gehöre. Der einzige Weg, um Menschen aus Auser zu bringen, die zu herrschen verstehen, besteht nach Shaw darin, daß man zunächst einmal mit den gegenwärtigen Wahlformen in England gründlich aufräumt. Er schaut sich nicht, Lloyd George und Sir Hamar Greenwood neben Horatio Bottomley zu stellen, den einflussigen Abgott der Masse, der wegen schweren Betruges verurteilt wurde. Bei einem vernünftigen Wahlrecht hätte nach seiner Ansicht Lloyd George nicht eine einzige Stimme bekommen dürfen.

Steinach und die französischen Chirurgen. Auf dem Pariser Chirurgenkongreß, der in den Räumen der medizinischen Fakultät tagte, ist es infolge von Mitteilungen von Dr. Sergius Boronow über Steinas Methode zu einem Skandal gekommen. Boronow hatte seine Zuhörer schon dadurch gereizt, daß ein Bericht über seine Mitteilungen schon am Vorgen des Sitzungstages in der „Chicago Tribune“ gestanden hatte. So kam es, als Boronow die verformten Chirurgen als Greife anredete, die von den neuen Methoden überrollt seien, und ihn wegen seiner Ergebnisse beneideten, zu wüsten Szenen. Ein englischer Patient, der versicherte, daß er 74 Jahre alt sei und durch die Operationen das Aussehen und die Kraft eines 50jährigen wiedererlangt habe, wurde hinausgeführt. Ihm folgte Boronow, der sich damit begnügte, an die Tür des Saales einen Zettel zu beften: er würde die Mitteilungen, die man ihn jetzt vorzubringen verhindere, in seinem Institut machen und lade dazu alle Teilnehmer des Kongresses ein.

Wie schmeckt Menschenfleisch? Dr. Ernst Higmann, der während des Krieges Oberst in Deutsch-Ostafrika war, hatte unter den Soldaten seiner Kompanie auch einen vom Stamme der Wangane, die besonders im Rufe des Kannibalismus stehen. Der Schwartze gab denn auch zu, daß er schon Menschenfleisch gegessen hatte, doch sollte das niemand erfahren, da auch bei den Negern das Essen von Menschenfleisch ein Zeichen auferordentlichen Tiefstandes ist. Als Entschuldigun gab er an, das Vieh ihres Stammes sei durch Seuchen gefallen und man müßte doch Fleisch essen. Auf die Frage, ob das Fleisch von Schwartzen oder von Weißen besser schmecke, antwortete der wackere Wangemo-Soldat: „Mit Weißen habe ich keine Erfahrung, ich habe nur von Schwartzen gegessen. Aber meine Landsleute, die Weiße gegessen haben, die sagen, die Weißen schmecken nicht; die schmecken so nach altem Hammel! — Du darfst mir das aber nicht übel nehmen,“ setzte er nach einem kleinen Paus, etwas verlegen, hinzu.

Streckung des Brotgetreides.

Und keine anderen Maßnahmen?

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfährt, hält das Reichsernährungsministerium die Brotversorgung für ernstlich gefährdet, da der Vorrat an Brotgetreide höchstens bis zum Januar reicht. Von dem Umlagegetreide sei bisher erst ein Viertel des Lieferfalls eingebracht worden. Aber zwei Millionen Tonnen sind von den Landwirten noch abzuliefern. Angesichts dieser Lage beabsichtigt das Reichsernährungsministerium, das Brotgetreide um etwa 10 Proz. mit Kartoffelmehl zu strecken. Ist das alles? Es ist vielleicht nicht ganz unmöglich, Herrn Reichskanzler Cuno an seine Programmrede im Reichstag zu erinnern, in der er nachdrücklich erklärte:

„Unsere Ernährungsfrage ist benagt durch die Minderernte in Brotgetreide und die mit dem Sinken der Markt ständig wachsenden Erschwerungen überreicher Getreideeinfuhr. Dies veranlaßt mich, an die Landwirtschaft, die glücklicher als viele andere Berufe, sich die Sicherheit der Erntezinsen erhalten hat, die Mahnung zu richten, der Volksgemeinschaft weiter ihre Opfer zu bringen und die Ablieferung der fälligen Getreidemenge möglichst zu beschleunigen. Es ist der feste Wille der Reichsregierung, hierfür alle Kraft einzusetzen.“

Sollten diese Worte Worte bleiben, oder ist die Regierung bereit, den Weg zu beschreiten, den das Gesetz vorsieht: Enteignung des nicht rechtzeitig eingelieferten Brotgetreides?

Am Dienstag fand in Berlin eine Besprechung der preußischen Oberpräsidenten statt, an der außer dem Minister des Innern auch der Landwirtschaftsminister teilnahm. Zur Beratung stand u. a. die Ernährungsfrage. Die Oberpräsidenten wurden dringend ersucht, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß die Getreidemenge reiflos aufgebracht wird. Bei der Besprechung der innerpolitischen Lage wurde zum Ausdruck gebracht, daß die kommunistischen Kontrollauschüsse nirgends geduldet werden dürfen. Wo die Bevölkerung den Willen zeigt, den Behörden bei der Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers zu helfen, soll sie zu den Arbeiten der Preisprüfungsausschüsse hinzugezogen werden. Keineswegs aber soll ungeschicklichen Institutionen das Recht gegeben werden, die Funktion der Preisprüfungsstellen zu übernehmen.

Celzig, 28. November. (Ca.) Das sächsische Ministerium hat für Sachsen folgende Erzeugerhöchstpreise für Milch und Milchzeugnisse festgesetzt: Für Lieferung ab Stall an Milchhändler, Molkereien oder Sammelstellen 70 M. je Liter Vollmilch und 35,40 M. je Liter Mager- oder Buttermilch. Der Butterpreis wird auf 700 M. pro Pfund festgesetzt.

Ernährungsdebatte in Braunschweig.

Braunschweig, 28. November. (WZB.) In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde zum Wohlgefallen des braunschweigischen Staatsministeriums der Reichstagsabg. Bogner, Redakteur des „Volkstreue“ in Braunschweig, mit 31 Stimmen gewählt. 23 Stimmentzettel waren unbeschriftet und daher unguiltig. Hierauf gab Minister Rönneberg eine eingehende Darstellung der letzten Demonstrationen und Pländerungen. Er hob unter anderem hervor, daß fast ausschließlich jüngere Personen beiderlei Geschlechts daran teilgenommen hätten, die in kommunistischen Versammlungen dazu aufgeführt worden seien. Der Minister teilte eingehend mit, was von der Regierung bereits geschehen sei oder noch geschehen werde, um die Ernährung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen sicherzustellen.

Die Birkenfeldischen Wahlen. Bei den Wahlen zum Birkenfeldischen Landesausschuß ergab sich folgende Zusammenfassung: Bayernbund 7, Vereinigte bäuerliche Parteien 8, Zentrum 3, Sozialdemokraten 6 Sitze, Kommunisten 1 Sitz.

Hefeextrakt statt Fleischextrakt. Der Fleischextrakt, einst die Freude jeder Hausfrau, die damit ihre Suppen würzte, ist heute fast unerschwinglich teuer geworden und muß aus dem Zustand bezogen werden. Daher scheidet er als Nahrungsmittel für weite Kreise vollständig aus. Ein vollständiger Ersatz läßt sich aber im Hefeextrakt finden, wie Dr. Sabatinski in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführt. Der Gelehrte hat den aus Hefe hergestellten Würstextrakt vom ernährungsphysiologischen Standpunkt aus untersucht und, ebenso wie andere Forscher, als ein sehr wertvolles Nahrungsmittel festgestellt. Wenn dieser Hefeextrakt allgemein benutzt werden soll, dann muß er auch dem Geschmack der breiten Masse entsprechen, und aus diesem Grunde führte Sabatinski Geschmacksprouben aus, indem er zum Vergleich Fleischextrakt heranzog. Bei den Versuchen wurden die folgenden drei Fragen gestellt: a) Welcher Extrakt schmeckt besser, wobei Fleischextrakt mit I, Hefeextrakt mit II bezeichnet wurde. b) Was würden Sie lieber verwenden, wenn I dreimal so teuer wäre als II? c) Was würden Sie lieber verwenden, wenn II dreimal so teuer wäre als I? Von den 43 Versuchspersonen, die natürlich vorher den Unterschied nicht kannten, fanden 32 den Geschmack des Hefeextraktes besser, 10 den Geschmack des Fleischextraktes; eine Person sah zu keiner Entscheidung. Auf die Frage b) antworteten 37 Personen, sie würden Hefeextrakt im Haushalt verwenden, wenn er ein Drittel so teuer sei wie Fleischextrakt, 6 Personen zogen Fleischextrakt vor. 26 Personen entschieden sich für den Hefeextrakt, auch wenn er dreimal teurer wäre als Fleischextrakt. Der verhältnismäßig niedrige Preis des Hefeextraktes, der etwa nur den fünften Teil des Fleischextraktes kostet, macht den vom Auslande eingeführten Fleischextrakt überhaupt überflüssig. Zudem ist an Hefe bei uns im Gegensatz zu anderen Nahrungs- und Genussmitteln kein Mangel. Auch so hervorragende Gelehrte wie Th. Paul und C. v. Noorden sind der Ansicht, daß die Hefeextrakte berufen sind, die sehr unerschwinglichen und teuren Fleischextrakte, soweit man sich ihrer zum Würzen von Suppen und Tunten bedient, aus der Küche zu verdrängen.

Warum die Schwämme fleckig werden. Schwämme, die längere Zeit in Gebrauch sind, pflegen fleckig oder, wie wir auch zu sagen pflegen, feilig zu werden. Dieser Ausbruch zeigt schon, daß wir die Schuld an dem Vorgang der in dem Schwamm zurückgebliebenen Seife beimessen, was jedoch zu Unrecht geschieht. Die Ursache des Fleckigwerdens sind vielmehr Mikroben, die leicht befestigt werden können. Man braucht dazu nur etwas übermannigsaures Kalzium in warmem Wasser aufzulösen, bis es eine bläuliche Färbung annimmt. In diese Lösung taucht man den Schwamm und brüht ihn dann aus. Wird die Flüssigkeit braun, so gibt man viel Wasser hinzu, bis sie wieder bläulich wird. Den Schwamm muß man so oft einweichen und ausbrühen, bis das Schwebelime verschwunden ist und ihn dann in kochendem, kaltem Wasser ausspülen.

Im Zentral-Theater nehmen die Aufführungen von Homers Rollands „Die Zeit wird kommen“ mit Zustimmung der Streikleitung der Bühnenschauspieler auch an den folgenden Tagen ihren Fortgang, nachdem eine völlige Einigung mit dem Präsidium der Streikleitung erzielt ist.

Vorträge. Dr. O. Hauser wird seinen Vortrag „Was ist die Bedeutung der Vorkriegs- und Nachkriegs-Verhältnisse des Reiches“ am Mittwoch, abends 8 Uhr, in der Urania mit dem Vortrage „Was ist die Weltgeschichte“ beginnen. Die weiteren Vorträge finden beim Rittweg statt.

Massenhinrichtung in Athen.

Athen, 28. November. (Havas.) In dem Hochverratsprozeß wurden Genaris, Soranis, Protopapadakis, Theotokis, Baltezzis und General Hadjanassis zum Tode, der Admiral Goudas und General Stratigos zu lebenslänglichem Gefängnis und Degradation verurteilt.

Athen, 28. November. (Havas.) Die im Hochverratsprozeß verurteilten Personen wurden sämtlich hingerichtet.

Athen, 28. November. (Reuter.) Die Hinrichtung der zum Tode verurteilten Minister und Generale ist durch Erschießen erfolgt.

England bricht die Beziehungen ab.

London, 28. November. (WZB.) Aus Athen wird gemeldet, daß der britische Gesandte Lindley unverzüglich nach Vorkündigung der Hinrichtung der sechs griechischen Minister und Offiziere um seine Pässe nachgesucht und den griechischen Behörden mitgeteilt hat, daß er nach den Weisungen seiner Regierung Athen zu verlassen habe. Er wird heute abend nach Casanone abfahren, um dem Staatssekretär des Neuherrn, Lord Curzon, persönlich Bericht zu erstatten.

Die meisten Griechen und Armenier, die Konstantinopel verlassen, werden sich in Südamerika ansiedeln. Nach Argentinien haben sich 2000 Familien eingewandert.

Durch mehrere Wochen hat der Prozeß gewährt, der den Ministern und Ratgebern König Konstantins wegen der katastrophalen Niederlage des griechischen Imperialismus gemacht worden ist. Der zweimalige Einspruch Englands gegen eine Vollstreckung der etwa gefällten Todesurteile, das zweite mal unter Androhung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, hat offenbar keinen anderen Erfolg gehabt, als die erste Regierung seit der Revolution zum Rücktritt zu veranlassen; die neue Regierung hat sich um den Einspruch nicht gekümmert, sondern — wie es scheint — die Todesurteile mit der Hast vollstrecken lassen, die fürchtet, daß ihr die Opfer noch entzogen werden könnten.

War schon der Sieg der Kemalisten eine schwere Niederlage Englands, ihr Vorrücken ans Marmarameer und die Zuspredung Westtraziens an sie eine noch schwerere Einbuße Englands an Ansehen im Orient, so bedeutet diese rasche Vollstreckung des Schreckensurteils von Athen, gefällt in einem zwar nicht reinen, aber zweifellosen Tendenzprozeß, geradezu eine Beleidigung des britischen Löwen, die ihm noch dazu sein Schützling Griechenland zufügt. Die Regierung Bonar Law hat in der Orientpolitik eine böse Erbschaft angetreten, sie steht vor einer schwierigen Entscheidung. Die Prestige-politik wird nach Strafe für die griechische Regierung schreien; diese Strafe könnte praktisch wohl nur Blockade sein und damit würde das ganze griechische Volk getroffen, das den Krieg der Entente vielleicht weniger mitgekämpft als mitgewonnen hat.

Deutsch-französische Reparationsdebatte.

Die den „Vorwärts“-Lesern bekannte ist, hat der französische Minister Le Troquer gestern in der Kammer Deutschlands Kanalbauten besprochen und u. a. gesagt, wenn Deutschland 4 Milliarden Goldmark für seine Wasserstraßen aufwenden könnte, so habe Frankreich das Recht zu verlangen, daß Deutschland vorher einen gleichen Betrag herbeibringe, um in Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen die französischen Wasserstraßen zu verbessern.

Dazu schrieb WZB. offiziell: Der größte Teil der Wasserstraßen, welche der französische Wiederaufbauminister seinen Aufforderungen zugrunde legt, ist gar nicht in Angriff genommen

und wird möglicherweise auch niemals gebaut werden. Es handelt sich zu einem erheblichen Teile um Projekte, die von Interessenten aufgestellt sind, einer ernstlichen Prüfung der Ausbaumöglichkeit aber kaum Standhalten werden. — Dies wird dann für die einzelnen Projekte näher ausgeführt. Weiter wird gesagt: Der Masurische Kanal, dessen Bau 1906 begonnen worden war, ist eingestürzt worden, da die Lage der Reichsfinanzen einen weiteren Bau dieser Wasserstraße nicht zuließ. Von den 18 großen Wasserstraßenprojekten, welche der Minister in der Kammer vorgezogen hat, bleiben nur drei übrig, nämlich der Mittelkanal, die Kanalisierung des Redars und die Herstellung einer Rhein-Donau-Verbindung. Das Reich hat vorläufig davon abgesehen, die beim Ausbruch des Krieges bereits in Bau genommene Sirede Hannover-Beine des Mittelkanals zu verlängern und beschränkt sich darauf, das Teilsüd, welches einmal angefangen ist, zu beenden. Für die Redar- und die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße sind Aktiengesellschaften gegründet worden, die durch die bei der Kanalisierung zu gewinnenden Wasserkräfte in sich selbst so wirtschaftlich fundiert erscheinen, daß es möglich gewesen ist und auch künftighin möglich sein wird, den größten Teil des Baukapitals ohne Inanspruchnahme öffentlichen Kredits aus dem freien Geldmarkt zu beschaffen. Die 4 Milliarden Goldmark, welche der französische Wiederaufbauminister für die deutschen Wasserstraßenpläne errechnet hat, schrumpfen tatsächlich auf 600 Millionen Goldmark zusammen, d. h. auf

0,45 Proz. der gesamten Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark.

Deutschland hat die Wasserstraßenpläne aber nicht in Angriff genommen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen oder den Handel von Frankreich oder irgendeinem anderen Lande abzugeben, sondern glaubt, die hohen Auflagen, welche ihm gemacht worden sind, nur dann erfüllen zu können, wenn es alle seine produktiven Kräfte anspannt und insbesondere die wertvollen Wasserkräfte des Redars, des Rhains und der Donau ausbaut. Das Wasserstraßenprogramm Deutschlands ist nicht aufgestellt, um fremden Wettbewerb zu besiegen, sondern ist ein Produktionsprogramm ausgeprägten Erfolges. Nur wenn es Deutschland gelingt, alle produktiven Kräfte auf das Äußerste zu entwickeln und zu dem höchsten Ruhezustand zu bringen, kann Frankreich daran denken, seine Reparationsforderungen erfüllt zu sehen.

Darauf hat nun wieder Havas eine offizielle Erwiderung gebracht:

Der Lohn- und Gehaltsabzug habe tatsächlich vom April bis September einschließlich 26 977 Millionen Mark eingebracht, aber um die entgangene Einkommensteuer in ihrer Gesamtheit zu finden, müsse man feststellen, daß der Eingang außer der Einhaltung in anderen Einkommensteuertaxationen sich insgesamt nur auf 20 360 Millionen Mark belaufe. Die Kontrolle über die Ausfuhr sei aus den Erklärungen der Exporteure gegründet gewesen, Liste also keinerlei Garantie für die Richtigkeit. Erst 1922 seien Verletzungen getroffen worden, um Auskunft über die Verkaufspreise der ausgeführten Waren zu erlangen. Außerdem habe die deutsche Statistik über den auswärtigen Handel seit dem Krieg regelmäßig es veräumt, eine Bilanz zu ziehen.

Deutschland habe nicht für 41 Milliarden Goldmark Zahlungen geleistet, sondern nach den offiziellen Ziffern der Reparationskommission bis zum 30. April nur 6 975 567 000, einschließlich der obgetretenen deutschen Güter, deren Kosten Deutschland zu zahlen, was zwar eine Verminderung der deutschen Aktiven, aber keinesfalls eine Zahlungsanstrengung bedeute. Aber man müsse gerechterweise diesen Summen, die Deutschland effektiv geleistet habe, den Wert der beschlagnahmten deutschen Güter zu

den alliierten Ländern hinzurechnen, jedoch mit der Reserve, daß sie dazu gebietet hätten, die auswärtigen Gläubiger der deutschen Staatsangehörigen zu befriedigen, also die Zahlung von Kapitalien erlargt hätten, die normalerweise hätte erfolgen müssen. Man müsseerner die Ausgleichszahlungen berücksichtigen. Aber auf alle Fälle müsse der Betrag der geleisteten Zahlungen von 41 Milliarden auf 8 Milliarden herabgesetzt werden.

Ueber die Lage der deutschen Industrie und der deutschen Finanzen sagt die offiziöse Havasnote: Ein Land, das die Wiederherstellung seines industriellen Materials, die Vergrößerung seiner Fabriken, die Wiederherstellung seiner Arbeitsstätten und den Bau neuer Wohnhäuser durchführt sowie den Wiederaufbau seiner Handelsflotte und die Vergrößerung seiner Häfen, könne nicht zu gleicher Zeit sein seinem Land sprechen. Die Verklärung der deutschen wirtschaftlichen Anstrengung sei unzulässig. Die zeitweilige Verminderung des Goldwertes der Dividenden könne nicht als ein Anzeichen des Ruins einer Industrie gedeutet werden, die fortgesetzt ihre Produktionsmittel erhöhe und veredele. Wenn die Verwundungslust eine Verarmung des deutschen Staates und vielleicht der Mehrheit des deutschen Volkes herbeigeführt habe, so habe sie die Lage der Industrie verklärt und eine kräftige deutsche Industrie in dem abhüllig verarmten Lande geschaffen. Das seien unbestätigte Tatsachen, gegen die keine Diakritik aufkommen könne.

Amerika für Sonderfrieden mit Angora.

London, 28. November. (WZB.) Einer Reutermeldung aus Washington zufolge wird dort erklärt: Die Verhandlung über einen besonderen Vertrag mit der Türkei ist das Ziel der amerikanischen Regierung bei ihrem Standpunkt gegenüber der Lage im Nahen Osten gewesen. Denn der gegenwärtige Vertrag zwischen den beiden Ländern wird schon seit langem als veraltet betrachtet. Da die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag, über den gegenwärtig verhandelt wird, nicht mit unterzeichnen werden, ist es kein Weg für die amerikanische Regierung, wenn sie ihre Zustimmung zu irgendwelchen in Casanone erzielten Abkommen erteilen soll.

Amerika will sich durch einen Sondervertrag mit der türkischen Regierung offenbar vor Nachteilen schützen, die ihm als Petroleuminteressenten aus einem all-meinigen Friedensvertrag zwischen den Türken und der Entente erwachsen könnten. In eng-lischen Kreisen, in denen man auf den dauernden und uneingeschränkten Besitz der Petroleumfelder Mesopotamiens spekuliert, dürfte man durch diese Haltung der Vereinigten Staaten sehr unangenehm berührt sein.

Protestnote Angoras gegen die Kapitulationen.

London, 28. November. (WZB.) Reuter meldet aus Konstantinopel: Angora hat eine neue Note gegen die in der auf den Protest der alliierten Oberkommissare bezüglich der Behandlung des auswärtigen Handels und der Ausländer in Smyrna und anderen besetzten Distrikten geantwortet wird. Die Note erklärt, die Kapitulationen seien ein Anachronismus und würden nicht anerkannt. Die Ausländer müßten den Befehlen und Bestimmungen der Nationalversammlung gehorchen, überall, wo ihre Autorität maßgebend sei.

Towjet-Rußland erkennt die Zebres-Mandate nicht an.

Casanone, 28. November. (WZB.) Rakowski empfing heute die hier weilende syrisch-palästinische Delegation. Im Verlauf der Unterredung über die Lage in Syrien und Palästina erklärte er, daß die Frage der Orientmandate nicht als endgültig gelöst zu betrachten sei, sondern wie die übrigen Fragen aus dem Vertrag von St. Germain, die auf der Konferenz zur Verhandlung ständen, von den interessierten Staaten geregelt werden müsse.

Danzig unter dem Völkerbund.

Nur noch polnische Kolonie.

Aus Danzig wird uns geschrieben:

Danzig wurde von der Entente zur „Freien Stadt“ gemacht, um Polen einen freien Zugang zum Meere zu verschaffen. Doch wurde dabei in Paris und Genf stets betont, daß die staatliche Selbständigkeit und damit auch der deutsche Charakter des Stadt-Staates unbedingt gesichert bleiben solle. Deshalb garantierte man auch die Neutralität Danzigs und schrieb vor, daß es niemals Kriegshafen oder Flottenstützpunkt werden dürfe. Trotzdem bestätigte vor wenigen Monaten der Völkerbundrat die Entscheidung des Oberkommissars Haling, die Polen mitten im Industrieviertel einen Munitionslagerplatz einräumte!

Polen kümmert sich überhaupt um die Erfüllung der ihm vom Völkerbund in Danzig auferlegten Pflichten, als wüßte es, daß ihm dabei jeder Seitensprung gestattet ist. Die deutschen Beamten der in polnische Verwaltung übergegangenen Eisenbahn-direktion dürfen nicht entlassen werden. Dafür steckt man sie einzeln zwischen lauter polnische Kollegen! Um dies zu können, verlegte Polen — ohne Recht und ohne Wissen und Zustimmung des Senats — seine Direktion für Sommerellen jenseits seiner Grenzen nach Danzig! Damit brachte man 600 polnische Beamten in das deutsche Danzig und konnte die deutschen Danziger Beamten hilflos unter sie zerstreuen.

In der Eisenbahnwerkstatt werden nur solche Arbeiter beschäftigt, die der polnischen Berufsvereinigung angehören. Die amtliche Auskunftsstelle der Eisenbahn in Danzig wurde plötzlich aufgelöst, die Beamten in unbecommene Stellen gesetzt und die Auskunftsstelle dem privaten polnischen Bureau „Orbis“ übertragen. Der Oberkommissar Haling forderte die Wiederherstellung des amtlichen Bureaus. Darauf stellte man nur zwei Danziger Damen wieder ein und übertrug alles übrige im amtlichen Gebäude doch wieder der „Orbis“!

Die Verwaltung des Danziger Hafens untersteht dem paritätisch besetzten Hafenausschuß. Präsident ist Oberst de Regnier. Dessen Stimme entschied, daß polnischen Kaufleuten bei Verpachtungen im Hafen kein Vorrangsrecht eingeräumt werden dürfe. Festgestellt wurde vom Senat, daß erheblicher Grundbesitz im Hafen von Polen gepachtet ist, aber trotzdem nicht benutzt wird! Trotzdem fordert die polnische Regierung weiteres Gelände. Auf ihr Verlangen entschied Oberkommissar Haling nun, daß bei Verpachtungen im Hafen einem polnischen Bewerber der Vorrang vor einem Danziger Staatsangehörigen gegeben werden müsse!

Diese Entscheidung dürfte selbst in unseren Tagen ohne Beispiel dastehen. Sie bedeutet die zwangsweise Auslieferung des Hafengebietes an Staatsfremde. Wenn man erwägt, daß das in den Besitz Polens befindliche Weichsel so vernachlässigt ist, daß sie kaum noch von solchen Rähnen befahren werden kann, so muß man für den Hafen das Schlimmste befürchten. Es kann unmöglich bei dieser Entscheidung bleiben; sie muß aufgehoben werden!

Gewerkschaftsbewegung

Der Berliner Schauspielerstreik.

Zum Berliner Schauspielerstreik geht den PPR. eine Erklärung des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes zu, der mit einstimmt:

„Die Scharmacher im Bühnenverein versuchen, den darstellenden Künstlern ihren Existenzkampf mit allen Mitteln zu erschweren. Was die Industrie- und Handelsunternehmer noch nie gemacht haben, das bringen die Berliner Bühnenunternehmer fertig. Fünfjähriger Berufsverfall soll das Mittel sein, um die kämpfenden Schauspieler müde zu machen.“

Was berechtigt den Bühnenverein zu diesem Vorgehen? Sind die neuangestellten Forderungen zu hoch? Nein, nicht um die wirtschaftlichen Forderungen handelt es sich; denn auch die Bühnenunternehmer wissen, daß der darstellende Künstler ein seinen Verhältnissen entsprechendes Einkommen haben muß, wenn er den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden soll. Die Schwächung des Gewinns im Augenblick ist für die Unternehmer nur die Veranlassung zum Wirtschaftsstreik gewesen. Hauptzweck und Ziel ist die Zerstückelung der guten und streifen Organisation der Bühnenangehörigen. Damit würden die Bühnenherren in Zukunft wieder freie Bahn im Wirtschaftskampf bekommen.

Es ist notwendig, öffentlich zu erklären, was die freigeberische Arbeitnehmerschaft, von der die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger ein Teil ist, zu diesem Kampf steht? Dem brutalen Vorgehen des Bühnenvereins halber sei es gesagt: die restlose Solidarität und ausnahmslose Sympathie für gesamten neun Millionen freigeberische denkender Arbeitnehmerschaft Deutschlands ist den kämpfenden Schauspielern sicher. Der Versuch, die Deutsche Bühnengenossenschaft auf die Knie zu zwingen, bedeutet eine Kampfansage an die gesamte Arbeitnehmerschaft. Das mag der Bühnenverein bei seinen Überlegungen in den nächsten Stunden und Tagen nicht außer Betracht lassen. In die gewerkschaftlich denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten brauchen wir uns also nicht besonders zu wenden. Der Wirtschaftskampf der Schauspieler ist ihr eigener Kampf.“

Die Streikleitung schreibt uns:

Die Schauspielerstreik scheint kein besonderer Freund des Schauspielerstreiks zu sein, denn es kam vor verschiedenen Theatern zu Zusammenstößen zwischen den Streikposten strebenden Künstlern und den Polizeimannschaften, bei denen recht lebhaft Erklärungen hin und her gemacht wurden. Das Präsidium der Bühnengenossenschaft wurde daraufhin heute bei dem Berliner Polizeipräsidenten vorstellig, um das in der Verfassung festgesetzte Streikrecht der Arbeitnehmer zu wahren. Der Polizeipräsident gab die Versicherung ab, daß er seine Mannschaften anweisen werde, ihren Machtbereich in der Aufsicht vor den Theatern in keiner Weise zu überschreiten.

Es besteht die Gefahr, daß auch die Mitglieder der Staatstheater, der Staatsoper und des Schauspielhauses, die als Staatsbeamte nicht zum Streik genötigt waren, sich der Streikbewegung anschließen werden. Bisher haben sämtliche Mitglieder der Staatstheater einstimmig ihre Solidarität mit der Ausgabungsbewegung ihrer Berliner Kollegen erklärt. Bei einer Nachprüfung der Gehaltsliste hat sich ergeben, daß auch in den Staatstheatern eine große Unsicherheit über die Bezüge der einzelnen Künstler und sonstigen Angestellten besteht. Es ist also möglich, daß auch hier Remedur geschaffen wird, indem die Rechts- und Wirtschaftsfrage endgültig geklärt wird.

Vom Kustande kommen den streikenden Schauspielern noch immer starke Sympathieundgedungen zu. So haben die dänischen Schauspieler vorgeschlagen, daß jeder dänische Schauspieler die Summe von 10 Kronen für den Berliner Streikfonds spenden solle. Am gestrigen Tage wurden ungefähr eine Viertelmillion von Streikgebern an die auswärtigen Künstler ausbezahlt. Jeder Streikende hat das Recht auf 1000 M. tägliche Streikunterstützung. Da sich aber nur die Bedürftigen melden, so stehen der Genossenschaft Mittel zur Verfügung, um ihren Wirtschaftskampf durchzuführen.

Bei den Direktoren macht sich das Gefühl einer großen Unsicherheit geltend. Das äußert sich darin, daß sie keine Mittelchen suchen, um den Kunstgenuss des Publikums zu stören, das die von der Genossenschaft in manchen Berliner Theatern autorisierten Vorstellungen besuchen wird. So wird behauptet, daß solche Vorstellungen auf Veranlassung der Direktoren gestört werden sollen.

In den späten Nachmittagsstunden entspannte sich in den Räumen der Genossenschaft ein sehr reges und interessantes Leben. Es kamen diejenigen Schauspieler, die sich bisher der Streikbewegung ferngehalten hatten, weil sie über die Bedeutung des Ausstandes falsch informiert waren, um ihre Entscheidung vorzubringen und sich als Mitstreikende eintragen zu lassen. Alexander Moissi wurde besonders darunter bemerkt. Im Zoologischen Garten hat eine Nachversammlung stattgefunden, in der noch einmal über die gesamte Lage referiert und debattiert wurde. Die Schauspieler sind der Ansicht, daß die Direktoren den Streik nur noch wenige Tage aushalten werden.“

Der Verband Berliner Bühnenleiter hat beschlossen, nicht eher in Verhandlungen einzutreten, bis der Streik von der Bühnengenossenschaft aufgehoben ist.

Die „Freie Volksbühne“ hat gegen den Beschluß der Direktoren Stellung genommen und in einer Entschließung den vom Bühnenverein gefassten Beschluß, die Streikenden während der nächsten fünf Jahre nicht zu engagieren, als unsozial bezeichnet. Wie im übrigen die „Freie Volksbühne“ sich zu der Bewegung stellt, ist noch nicht bekannt.

Die Syndikalisten.

Der jüngst in Erfurt abgehaltene 14. Kongreß der Syndikalisten führte in den ersten Tagen zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den reinen Anarchisten und den mehr gewerkschaftlich eingestellten Syndikalisten. Osterreich-Gerresheim forderte die Anarchisten auf, einen Trennungstrieb gegen den gewerkschaftlichen Syndikalismus zu ziehen und selbständig vorzugehen. Er fand jedoch nur bei einer kleinen Minderheit Anklang, und die führenden Anarchisten erklärten, der Anarchismus könne nur auf der Grundlage einer wirtschaftlichen syndikalistischen Organisation wirken. Die leitenden Mitglieder der Geschäftskommission wurden gegen eine kleine Opposition wiedergewählt.

Lebhaft umstritten wurde ein Antrag, der jede Beteiligung an Betriebsrätewahlen verweigert. Alle Redner waren einig in der grundsätzlichen Ablehnung der gesetzlichen Betriebsräte. Aus Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen erklärten jedoch viele Delegierten, sie könnten in den Bergwerken und Betrieben, wo sie die Mehrheit haben, nicht auf die Befehle des Betriebsrats verzichten. Nachdem Kater-Berlin erklärt hatte, daß unbedeutend der grundsätzlichen Ablehnung nicht an einen Ausschluß der syndikalistischen Betriebsratsmitglieder gedacht werde, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Ebenso einmütig war die Zustimmung zu einer Resolution, die für die kommenden sozialen Kämpfe statt des Teilstreiks die direkte Aktion empfiehlt durch passive Resistenz, Sabotage, Obstruktion und Generalstreik. Dabei wird aber ausdrücklich betont, daß die Syndikalisten auch bei Teilstreiks niemals Streikbruch üben und daß sie sich auch an solchen Demonstrationen und Proteststreiks beteiligen sollen, deren eigentliches Ziel (Schutz der heutigen Republik usw.) sie nicht billigen. Die Voraussetzung für ihre Beteiligung sei nur, daß diese Demonstrationen gegen die Reaktion gerichtet sind.

Der Kongreß verlangte in mehreren Resolutionen die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland, Rußland, Frankreich, Italien und Amerika. Er protestierte ferner gegen eine etwaige Auslieferung der italienischen Syndikalisten Obizzi und Bacchi. Der 15. Kongreß soll in Dresden stattfinden. Ein internationaler Kongreß zu Weihnachten in Berlin soll die syndikalistische Internationale begründen.

Farbenblind!

Tagtäglich muß man in Berlin noch die Beobachtung machen, daß ein ganzer Teil der Arbeitnehmer, besonders weibliche, sich in dem Irrtum befindet, wenn man irgendeinem sogenannten Fachverein angehöre, sei man gewerkschaftlich organisiert. Da muß denn leider noch immer erst gesagt werden, daß irgendwelche blaue oder gelbe Vereinigungen nicht als gewerkschaftliche Organisationen gelten können, es nicht sind und nicht sein können. Von den großstädtischen Arbeitern und Angestellten zumal, auch den proletarischen Mädchen und Frauen, muß erwartet werden, daß sie in dieser Beziehung nicht farbenblind sind und die organisatorischen blauen und gelben Fehlfarben erkennen.

Eine „Vorwärts“-Leserin, die einem uns unbekanntem Verbands der Tuch- und Robeindustrie angehört, klagt darüber, daß dieser für seine Mitglieder außerordentlich wenig übrig habe und nicht daran denke, für seine Mitglieder einen annehmbaren Lohnzuzuschuss herauszubringen. Die Schuld liegt in diesem Falle sicher nicht an diesem Verbands, sondern an den farbenblinden Mitgliedern, die Feigen von der Distel erwarten. Einen Vorzug haben solche organisatorischen Mißgebilde allerdings. Sie erheben niedrige Beiträge. Aber die Mitglieder mit mehr als zehnjähriger Tätigkeit müssen sich dafür mit einem Monatsgehalt von 8700 M. abspesen lassen. Ausgelehnte nach einer dreijährigen Lehrzeit mit 4300 M. Davon gehen dann die üblichen Abzüge ab, das Jahrgeld, so daß selbst, wenn die Eltern auf Kostgeld verzichten, das Gehalt nicht einmal mehr für die allereinfachsten Ansprüche an Wäsche, Kleidung und Fußzeug reicht. Und das in Branchen mit sehr anständigen Preisen. Die Feigenlerin glaubt, die Arbeitgeber würden gern die Gehälter erhöhen, nur der Arbeitgeberverband hindere sie der Konkurrenz wegen.

Wir können dieser Feigenlerin samt allen ihren Leidensgenossen nur den Rat geben, solchen „Verbänden“ den Rücken zu kehren und sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Der einen oder anderen mag es angenehmer sein, in einem derartigen Vereinchen als Dame angeprochen zu werden, während man sie in der Organisation „nur“ als Arbeiterin gelten läßt. Die Einbildung wird wahrlich hart bestraft. Man sollte meinen, daß die Wahl, als Arbeiterin ordentlich entlohnt zu werden oder als Dame mit einem Bettelgehalt abgepflegt zu werden, nicht gar schwer fallen kann. Darum nochmals: Voh euch nicht schamlos ausbeuten, organisiert euch!

Deutscher Bauarbeiterverband. Freitag von 6-9 Uhr in den Bekannten Abstimmungslokale in Raabstimmung über das jetzt getroffene Lohnabkommen. Wir bitten, das Inserat in der heutigen Morgenausgabe zu beachten. Der Vereinsvorstand.

Achtung Zimmerer! Auf Grund des § 2 Absatz 1 des Tarifvertrags die tägliche Arbeitszeit vom 1. Dezember 1922 bis 31. Januar 1923 sieben Stunden; Anfang 8 Uhr, Feierabend 4 Uhr. Die Vertrauensleute und Betriebsräte haben unter Berücksichtigung des § 2 Absatz 2 sich sofort mit ihrem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter über den Beginn der siebenstündigen Arbeitszeit zu verständigen. — Mit Rücksicht auf die Jahreszeit und ganz besonders unter Berücksichtigung der arbeitsschweren Kameraden darf eine Außerachtlassung der tariflichen Bestimmungen in Bezug auf die Arbeitszeit auf keinen Fall erfolgen. Betriebsräte und Vertrauensleute, erfüllt eure Pflicht!

Im Lohnstreik bei den Seefischwerften hat ein besonderer Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium in der Hauptsache die Bezüge der Arbeiter um rund 70 Proz. von der ersten auf die geltende Lohnregelung folgende Lohnwoche ab bis zum 31. Dezember 1922 erhöht.

Der Buchdruckerstreik in Danzig, der am Sonnabend begann, dauert noch an. Von den Zeitungen erscheinen nur die Danziger „Volksstimme“ und „Dziennik Gdancki“, die die Forderungen der Buchdrucker bewilligt haben. Die Drucker verlangen für Danzig gegenüber dem Reichstarif eine Sonderzulage von 50 Proz., da die Teuerung in Danzig stärker ist als im Reich.

In den Sughavener Fischereibetrieben ist vor einigen Tagen ein Streik der Transportarbeiter ausgebrochen.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Verammlung der Funktionäre, Richter, Amtsbekleideten, findet nicht Donnerstag, sondern Freitag, den 4. Dezember, in den Muffertühlen statt. 8 1/2 Uhr im Restaurant Rabelwerk, Wilhelmshofstraße, Berlin. Bitte alle Kollegen der vereinigten Partei.

Buchhändlerverb. Alben, Marpen- und Galanteriewarenhandl.: Mittwoch, den 29. November, nachmittags 5 Uhr, bei Wille, Seckelstr. 23, Vertrauensmännerehrung. Tagesordnung: Bericht von den Vertrauensmännern. 8 1/2 Uhr im Restaurant Rabelwerk, Wilhelmshofstraße, Berlin. Bitte alle Kollegen der vereinigten Partei.

Angestellte der holländischen Werfte und Häfen. Um zu der drohenden Entlassung der holländischen Werfte und Häfen und der Straßenbahn Stellen zu nehmen, veranstaltet der Zentralverband der Angestellten morgen, Donnerstag, 5 Uhr in der Neuen Philharmonie, Alsenstraße 16-17, eine Mitgliederversammlung der in den holländischen Werften, Häfen und Straßenbahnen beschäftigten Angestellten. Es handelt sich bei der Umstellung der holländischen Werfte in gewerkschaftliche Betriebe über die Übernahme durch die Staatshandelswerke um Dinge, die das Angestelltenverhältnis eines jeden einzelnen Angestellten eng betreffen. Es ist daher ein vollständiger Besuch der Versammlung zu empfehlen.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag, Chemischer Großhandel: 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Neuen Philharmonie, Alsenstraße 16-17. — Damenabende, Schützen, Konfektionierte Bekleidung: 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Muffertühlen, Rabelwerk-Str. 21. — Finanzabende: 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Muffertühlen, Rabelwerk-Str. 21.

Zimmerer. Freitag, den 1. Dezember, 5 Uhr, Funktionäreversammlung im Saal 5 des Generalkaufhauses. Am 1. und 2. Dezember müssen in allen Bezirken Betriebsversammlungen abgehalten werden; alle Kameraden haben die Pflicht, an denselben teilzunehmen, um zu dem letzten Lohnabkommen Stellung nehmen zu können. Freitag, den 4. Dezember, 6 1/2 Uhr, im Saal 5 des Generalkaufhauses Schlichterversammlung.

Verantwortlich für den heftig. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Dittus 1. Blatt.

25% weniger Gas
verbrauchen Sie durch Spar-Ölühkörper
DEGEA
AUERLICHT GESELLSCHAFT m. B. BERLIN O 17

Korpulenz - Fettleibigkeit sind
Dr. Hoffbauer's ges. gesch. Entfettungs-Tafel
ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausführl. Broschüre gratis.
Elefanten-Apotheke Berlin SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz).

Kallarmut des Körpers ist die Ursache vieler Schwächezustände
Kalzan beugt vor!
In Packungen von 90 und 45 Tabletten in Apotheken und Drogerien erhältlich. — Aufklarende Broschüren kostenlos durch Johann H. Bölling, Berlin SW 46, Frießrichstr. 231

Juwelen-Ankauf
Go 4.-, Silbergegenstände z. höchsten Auslandskurs
Köllner Str. 20, part. am Potsdamer Platz
Geöffnet von 9-4 Uhr

Suchen dringend von Privaten zu Höchstpreisen
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Zahngelisse, Juwelen
Goldwarenfabrik H. Schneider & Sohn
jetzt Französische Straße 15, vorn II

Verkaufe nur bei Maulhardt schnell
Er zahlt sehr gut und ist reell!!!
Anlässlich meiner Geschäftseröffnung zahle ich
Riespreise für
Gold-, Silber-, Platin-Bruch u. Gegenstände
Brillianten
Zähne und ganze Geb. etc.
die Sie nie so erleben werden, als beim Fachmann
C. MAULHARDT
Berlin - Schöneberg, Akazienstr. 3
Neu eröffnet!

M
Argument
Klasse
Suggestion

Auserlesene Tabake des Orients,
sorgfältige Mischung,
hochwertige Arbeit,

Alein diese Vorzüge begründen den hervorragenden Ruf der
Manoli Zigaretten

Der Winterkohl.

Reichliche Zufuhren an Gemüse und Kartoffeln.

Die große Masse der Sorgenden und Arbeitenden quält heute die Frage: Welche Schwierigkeiten wird uns der Winter beim Bezug der notwendigen Nahrungsmittel bringen? Ueber die außerordentlich wichtige Versorgung mit Gemüse werden uns von unterrichteter Seite folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Holländische Einfuhr und Preise.

Danach reichen wir mit unserer einheimischen Gemüseernte knapp bis zum Frühjahr. Um keine Störung in der Versorgung eintreten zu lassen, sind wir gezwungen, auch ausländische Kohlen einzuführen. Es ist bezeichnend, daß Holland trotz des Tiefstandes der deutschen Markt Kohlen, Wirsingkohlen und ebenfalls auch Weißkohl für Deutschland liefert. Der Grund ist darin zu erblicken, daß Holland den Kohlen im eigenen Lande nicht umzusetzen vermag, so daß es dieses Gemüse billiger abgeben kann. Jedenfalls steht aber fest, daß während der Winterzeit kein Mangel an Gemüse eintreten wird. — Die im folgenden genannten Preise verstehen sich als Engrospreise. Im Monat September wurde der Weißkohl durchschnittlich mit 3 M. pro Pfund gehandelt. Kohlen etwa 6 bis 7 M. und Wirsingkohlen 6.50 bis 7 M. Schon der Oktober brachte eine etwa 10prozentige Preissteigerung. Weißkohl stieg auf 6 bis 6.50 M., Wirsingkohlen auf 11 M. Die Straubrüben waren mit 8 bis 10 M. und die Mohrrüben mit 3.50 bis 6.50 M. zu haben. Der Monat November zeichnete folgende Preise: 7.50 bis 8 M. für Mohrrüben, 17 bis 18 M. für Rotkohl, 12 bis 15 M. für Wirsingkohlen und 8.50 bis 12 M. für Weißkohl. Lieft man diese Zahlen, die den Engrospreis darstellen, und vergleicht die Preise, die im Kleinhandel gefordert werden, so hat man den Eindruck, daß der Kleinhandeler gar nicht so übel abschneidet. Es ist dabei allerdings der Verlust zu berücksichtigen, den der Händler durch den sogenannten Schwund der Ware erleidet, d. h. durch Abgänge an Fäulnis usw. Im November ist der Markt mit Kohl besonders stark überladen. Der Absatz ist nur äußerst schwach.

Was wird gekauft?

Die Antwort lautet: Rotkohl und Kohlrüben. Warum gerade Rotkohl und Kohlrüben? Die Frage versucht der Händler so zu

lösen. Es sei eine alte Tatsache, so versichert er, daß ein Artikel, der plötzlich im Preise in die Höhe geht, am allermeisten gefordert und gekauft wird. Und so sei es auch jetzt. Rotkohl und Kohlrüben, die hoch im Preise stehen, werden stark gekauft. Mohrrüben, die im Preise viel niedriger sind, finden weniger Käufer und müssen zum Teil als Futtermittel verkauft werden. Nicht zum wenigsten wird dann der noch verhältnismäßig hohe Preis der Gemüse auf die hohen Frachtkosten zurückgeführt. Im September zahlte man für einen Waggon Kohl — Inhalt 200 Zentner —, der aus Schleswig-Holstein kam, 20 000 M. Fracht und Kollgeld. Am 15. Oktober waren es schon 28 000 M., am 30. Oktober 34 000 M. und jetzt sind es 60 000 M. Kommt das Gemüse aus dem Auslande, so sind die Frachtkosten merklich höher. Ein 200-Zentner-Waggon Kohl aus Holland erforderte am 20. Oktober 130 000 M. und im November 160 000 M. Fracht und Kollgeld. Ein Pfund Kohl kostet also nach dieser Rechnung etwa 8 M. an Fracht!

Die Frage nach der Kartoffelversorgung im Winter wurde dahin beantwortet, daß voraussichtlich keine Störung eintreten werde. Aber im Frühjahr rechnet man wie gewohnt mit einem Kartoffelmangel, und zwar aus dem Grunde, weil die diesjährige Kartoffelseucht ist und keine Dauerware darstellt. Kartoffeln sind heute genug vorhanden und finden dem Angebot entsprechend nicht den richtigen Absatz. Der Grund ist vielfach darin zu suchen, daß es der ärmeren Bevölkerung an dem nötigen Gelde fehlt, um einige Zentner Kartoffeln als Wintervorrat einzulagern zu können. Das Einkommen reicht eben gerade, um von der Hand in den Mund leben zu können, und an das Morgen vorzudenken, ist vielen Hausfrauen schon lange nicht mehr möglich.

Uebersteht man zusammenschauend die Lage, so muß hervorzuheben werden, daß mit einer Gemüsenot überhaupt nicht und mit einem Kartoffelmangel nur bei Eintritt längerer kalter Frostes zu rechnen ist. Falls sich also das Händlerturn bei einer Abnahme der Warenmengen nicht wie gewöhnlich in wütende Preistreiberereien ergeht, haben wir Hoffnung, wenigstens auf diesem Gebiete nicht zu schwarz in die Zukunft sehen zu müssen.

Herr Pfarrer klagt.

Der Rabi als Hüter parlamentarischer Sitten.

Auf ihrem kürzlichem Parteitag haben die Deutschnationalen dem Parlamentarismus Ursehne angefaßt. Sie finden, daß bei ihm nichts mehr zu holen ist und drohen mit der „Strafe“. In Berlin haben die Deutschnationalen zunächst einen anderen Weg eingeschlagen, um ihre antiparlamentarische Gesinnung geltend zu machen. Sie haben es jetzt zum Prinzip erhoben, bei jeder Gelegenheit zum Rabi zu laufen. Der Hauptkern im Streit ist der deutschnationale Pfarrer Koch, der seinen Gesinnungsgegenstand als ein „Leuchtendes“ Beispiel vorangeht. Dieser Diener des Herrn ist ganz anderer Meinung als sein Herr Jesus Christus, dessen Lehre er sonntäglich seinen Gläubigern verkündigt hat. Er hält es nicht für richtig, wenn man ihm einen Streich auf die Wange gibt, auch die andere hinzubringen. Ganz im Gegenteil. Es gibt vielleicht keinen Vertreter der Deutschnationalen, der in so provokatorischer Weise aufzutreten beliebt. Bei der Beratung des Zentrumsantrags auf Verurteilung zweier Straßen nach Rathenau und Erzberger äußerte sich dieser künstliche Vertreter in so frecher Form über den toten Erzberger, „der dem Reiche ungeschwer geschadet habe“, weil er den Waffenstillstand abgeschlossen habe“, daß es zu heftigen Zusammenstößen kam. Einer unserer Genossen gab ihm in einem drastischen Zwischenruf zu verstehen, daß es zweifellos besser gewesen wäre, er hätte einen anderen Beruf ergriffen. Schon erhob sich der streitbare Geistliche und kündigte an, daß er gegen unseren Genossen Klage erheben werde. Wigbolde machten den Vorschlag, man solle doch entweder eine

Dauerfiliale des Raabiter Gerichts für diese deutschnationalen Klagen gleich im Rathaus errichten, oder wenn das nicht geht, die Verhandlungen ständig nach Raabitz verlegen, um Zeit zu sparen. In dem Vorgehen der topheren Streiter der deutschnationalen Fraktion liegt Methode. Sie verstehen es ausgezeichnet, in der unglaublichen Weise zu provozieren und hoffen, da sie der Unterstützung durch die Gerichte sicher zu sein glauben, auf diese Weise ihre Position weiter zu befestigen. Die Gerichte werden sich auch damit täuschen. Sie sind keine Mussolinis und Deutschland ist kein Italien. Mit Herrschaften ihres Formats wird der deutsche Arbeiter noch adema! fertig werden.

Mangelnde Kohlenhändlerkontrolle.

Ein Eingeständnis des Kohlenamtes.

Das Berliner Kohlenamt teilt mit: In den letzten Tagen wurde berichtet, daß im Landkreis Teltow Kohlen aus alten Beständen noch zum alten Preise verkauft werden müssen, und daß die dortigen Kohlenhändler angehalten worden sind, alte und neue Bestände getrennt zu lagern. Hieran ist verschiedentlich die Frage geknüpft worden, ob eine derartige Regelung auch für Berlin durchführbar sei. Diese Frage war schon des öfteren Gegenstand eingehender Beratung, ohne daß sich für die Berliner Verhältnisse eine praktisch durchführbare Lösung finden ließ. Die Frage wird vom Kohlenamt dahingehend beantwortet: Wenn im Landkreis Teltow eine derartige Lösung vielleicht durchführbar sein sollte, so ist dabei zu berücksichtigen, daß die dortigen Verhältnisse auf diesem Gebiete ungleich günstiger gestaltet sind als in Berlin. Dort handelt es sich nur um einige wenige, meist kleinere Händler, die in ihrer geringen Anzahl in den einzelnen Ortschaften ohne weiteres von den Ortsvorständen bzw. den Verbrauchern selbst

genau kontrolliert werden können. Diese Händler sind auch infolge ihres meist kleinen Geschäftsumfanges und der in den Landkreisen geringeren Raumverhältnisse in der Lage, die Hauptbedingung, die allein die Durchführbarkeit einer solchen Verordnung gewährleistet, nämlich das getrennte Lagern der Bestände, zu erfüllen. Wie diese Voraussetzungen sind aber für Berlin sowohl bei den kleineren Restgeschäften, wie auch bei den größeren Plaggeschäften nicht gegeben.

Es handelt sich hier im Grunde genommen um ein recht beschämendes Eingeständnis des Berliner Kohlenamtes. Also weil es in Berlin mehr Kohlenhändler gibt als in Teltow, darum ist es noch nicht möglich gewesen, eine für Berliner Verhältnisse praktisch durchführbare Kontrollmaßnahme zu finden? Darum kann die Berliner Bevölkerung schrankenlos bewuchert werden? Man muß energisch fordern, daß das Kohlenamt nach Lage und Tag nun endlich das Mittel findet, das dem Kohlenwucher Einhalt gebietet. Andernfalls dürfen sich die großen und kleinen Halsabschneider im Kohlenhändlergewerbe nicht wundern, wenn der Ruf nach einer privaten Kontrolle ihrer Bestände durch die Verbraucherschaft immer dringlicher wird.

Helft den Schauspielern!

Der „Afa“-Sund richtet an die Gesamtheit der Berliner Einwohnerlichkeit folgenden beherzigenswerten Appell:

Auch die Bürgerlichkeit hat die Pflicht, den Schauspielern, die der Gesamtheit des Volkes hohe kulturelle Güter vermitteln, die Lebensnotwendigkeit zu erkennen. Auch Ehrensache des Bürgerturns muß es sein, kein Theater zu besuchen, in dem Streikbrecher beschäftigt sind. Für den Besuch kommen nur die von dem Präsidium der Bühnengenossenschaft freigegebenen Theater in Frage. Es sind dies: die beiden Staatstheater, das Deutsche Opernhaus, das Relion-Theater, die Große Volkoper, das Zentral-, Bahnhalla- und Apollo-Theater.

Der Prozeß Franz.

Plädoyer des Staatsanwalts und der Verteidiger.

In dem Schwurgerichtsprozeß gegen das Ehepaar Franz ist nunmehr die Beweisaufnahme geschlossen. Professor Lewin hatte in seinem Gutachten erklärt, daß er die Aussagen der weiblichen Belastungszeuginnen für durchaus glaubhaft halte. Die an die Geschworenen gerichteten Schuldfragen lauteten auf versuchte und vollendete Mordtötung in mehreren Fällen, Beibringung von Gift, Freiheitsberaubung, schwere Rupperei und Verführung.

Staatsanwaltstaatsrat Grünhagen beizog in seinem Plädoyer, daß der vorliegende Fall glücklicherweise in der Berliner Sittengeschichte vereinzelt dastehe. Die Verhandlung habe in Abgründe hineingestürzt und dabei grauenvolle Verirrungen des menschlichen Trieblebens bei dem Angeklagten Franz wie auch bei seiner Ehefrau enthüllt. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme stehe fest, daß beide von einem gemeinsamen Plan ausgegangen waren, junge Mädchen aus anständiger Familie ihren unstillbaren Trieben gefügig zu machen und auch in der Anwendung der Mittel vor nichts zurückschrecken. Der Vertreter der Anklage kommt zu dem Resultat, daß die Aussagen der Belastungszeuginnen durchaus glaubhaft seien und zu dem Antrage, die sämtlichen Schuldfragen im Sinne der Anklage zu bejahen. Bezüglich der Frage einer Jubilierung mildernde Umstände seien die Gutachten der Sachverständigen zu berücksichtigen, welche die Angeklagten als schwere Psychopathen bezeichnet hätten.

Darauf ergriff Rechtsanwalt Bohn das Wort zu der Verteidigungsrede. Er führte einleitend aus, daß er in erster Linie die Bitte an die Geschworenen aussprechen müsse, die Sache vollkommen nüchtern zu betrachten, sich auch nicht dadurch täuschen zu lassen, daß es sich hier um drei junge Mädchen aus guter Familie handele. Gegen Franz sei seinerzeit eine Preßkompanie eröffnet worden, in welcher von der Kriminalpolizei angeblich circa 50 Fälle als geschehen bezeichnet worden waren. Von diesen seien nur drei brig geblichen. Der Verteidiger beantragte schließlich die Verneinung sämtlicher Schuldfragen und Freisprechung der Angeklagten. Auch Rechtsanwalt Bronner, der nunmehr zu Worte kam, forderte vollkommene Freisprechung der Angeklagten. Die Erklärung der Angeklagten über die einzelnen Vorgänge erscheine durchaus glaubwürdig, und

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vidi Baum.

„Ueber die Frage der Holzbeschaffung ließe sich sprechen“, sagte Bernward langsam und ein wenig träge. „Nachher. Erledigen wir zuerst die Tagesordnung. Ich finde das Wort Verbrechen genannt. Es wundert mich, daß in einem Staat, wo es keine Verbrecher, sondern nur Kranke gibt, Verbrechen begangen werden. Der Name einer ansteckenden Krankheit schiene mir passender. Denn ansteckend scheint die Krankheit doch zu sein — wie?“

„Wir haben“, sagte Anselmus ohne Antwort, „im letzten Bierichjahr sechs Toischläge — und das ist furchtbar viel. Zweimal Brandstiftung, frost täglich Diebstahl. Zweimal vorsätzlicher Mord — das heißt ein Anschlag ist mißlungen, das Opfer konnte inwieweit in das Krankenhaus gebracht werden. In allen Fällen haben sich die Täter selbst gestellt. Sie sind Egidius überwiesen worden.“

„Sie haben sich alle selbst gestellt, ja“, sagte Egidius und lächelte sein Lächeln ganz aus Stille und Guisein. „Das sie sich selbst gestellt haben und reuig sind, ist viel; es ist alles. Die Toischläge sind alle sechs im Jörn geschehen, ohne Bewußtsein. Der erste am Tag der Salzschiffe. Zwei aus Eifersucht. Einer im Rausch — es war einer von deinen Arbeitern, Bernward, der das Alkoholgesetz übertraten hatte. Zwei bei allgemeinen Raufereien. Gerauft wird ja ziemlich viel, seit unsere Menschen wieder etwas besser genährt sind. Sie folgen sich, das muß wohl so sein. Sie halten all den Frieden nicht aus, alle sechs Toischläger empfinden ihre Tat als ein schweres Unglück — ach, Brüder, ihre entsetzten Augen und ihre armen Hände! Alle sechs sind Männer. Die Diebstähle sind zum größten Teil von Frauen geschehen. Sie stehlen — wenn ihr es stehlen nennen wollt — wie Kinder stehlen. Sie sehen ein Ding, das ihnen so gefällt, daß sie es haben müssen. Kaufen können sie es nicht, manchmal auch nicht eintauschen. Dann nehmen sie es, wie es geht. Etwas anderes ist bei den Plünderungen in den Magazinen. Hier sind kostbare, dem Staat gebührende Dinge gestohlen worden, hauptsächlich Kohlen, um sie gewissermaßen als Zahlungsmittel zu benutzen; es hat sich in der Stadt so etwas wie ein Tarif herausgebildet, die Kohle läuft nach einer bestimmten — Währung — möchte ich sagen; sie nimmt die Stelle des Geldes ein, das verboten ist; schlimm ist es, daß es so kommt. Die Magazinräuber haben zum Teil ihre allzu harte Strafe empfangen, indem sie in Bories elek-

trischem Gitter starben. Ihr wißt ja, wie ich über Strafe — und nun erst diese Strafe — denke. Du wüßtest mich nicht ansehen — Anselm? Nun ja; es muß wohl so gemacht werden, um die Borräte zu schützen. Die Strafe der wöchentlichen Lebensmittelentziehung bei kleinen Diebereien hat sich bewährt. Die Toischläger haben sich der Arbeit im Bergwerk oder der Fabrik gerne gestellt und besorgen auch die Saat und Ernte für die Familie der Erschlagenen. Ich glaube, daß sie etwas wie Befreiung oder Erleichterung davon haben. Freilich — ich möchte sie lieber bei anderer Arbeit wissen als so in Dunst und Kohle — gerade diese Menschen. Nun die Brandstiftungen. Eine davon in deiner Aulogarage, Bernward. Der Brandstifter gibt als Grund einen sanitischen Hof gegen dich und deine Einrichtungen an, die unsern eigentlichen Zielen entgegen sind. Er lügt aber — ich sah es gut. Er hat aus Reib dein Eigentum angezündet; ich habe ihn ins Bergwerk geschickt.“

„Also gewissermaßen Zwangsarbeit —“, sagte Bernward und lächelte vornehm.

Auch Egidius lächelte. „Gewissermaßen — ja. Es war eine häßliche Sorte Mensch, dein Brandstifter, Bernward. Der andere, der die Hütte des Töpfers Rudolf angezündet hat, gefällt mir besser, obwohl er ganz verstockt ist. Er hat sich selbst gestellt, obwohl bei dem Brand kaum etwas versehrt worden ist, aber ich bekomme kein Wort aus ihm heraus, keinen Grund, keine Reue, keine Entschuldigung. Er ist ja auch nur ein Knabe, kaum achtzehn Jahre alt. Er macht schmale Lippen und schweigt.“

„Es ist wegen der Schüssel mit dem blauen Kranz —“, sagte Kornel gedankenvoll und alle sahen ihn an.

„Der Töpfer liefert dem Staat die braunen Krüge und Schüsseln, die wir alle haben, er ist ja lahm und sitzt nun den ganzen Tag in seiner Werkstatt und pfeift bei der Arbeit, und der Staat gibt ihm, was er braucht. Aber er macht auch andere Töpfe und Schüsseln, hübsche grüne oder bunte gestammte. Die kann man bei ihm eintauschen. Die Frauen laden ihm sein Eisen und Waschen seine Wäsche, weben ihm Zeug, er hat ein hohes, hohes Federbett und allerhand Herrlichkeiten, denn jede Frau will nun bunte Töpfe haben, nicht die staatlichen braunen, die jede andere auch hat. Da machte nun Rudolf an einem geeigneten Tag, oder besser in einer geeigneten Nacht eine Schüssel, deren Idee ihm direkt vom Himmel gefallen war; eine wunderhübsch geformte kupferrote gebrannte Schüssel, um deren Rand ganz großartig leuchtende blaue Kornblumen waren, eine Schönheit, unzweifelhaft. Und nun

die Frauen; und nun das Wettrennen um die Schüssel, und nun die Angebote und Lockungen an den lahmen Rudolf. Aber er, ganz Künstler, trennt sich nicht von seiner Schüssel, der einzigen Schüssel mit Kornblumen, die es im Staat gibt. Dem Jungen nun mit den schmalen Lippen, dem verstockten Jungen hat eine Frau Wunder versprochen, wenn er ihr die Schüssel brächte; sie war verliebt in dieses Stückchen Schönheit und der Junge war verliebt in die Frau. Ja, Anselm, du weißt, welche Frau es war. Er hat dem Lahmen gearbeitet und gedient und geschuftet, wie Jakob um Rahel; nachher bekam er doch nur Lea — das heißt er bekam eine Schüssel, kupferrot und mit blauen Blumen, aber es war nicht die richtige, nicht die einzige, die wunderhübsche, und die Frau lachte den Jungen aus. Da ging er nun hin, denke ich mir, und zündete das Haus an, und die schöne Schüssel versprang und gibt ihm nun Ruhe, nachdem er Tage und Nächte nur an sie gedacht hat. Da haßt ihr, Verehrte, die Geschichte eines Brandstifters.“

„Er ist ja auch straffrei geblieben, Kornel“, sagte Egidius mit getieftem Lächeln. „Regenden und Wären“, fnarrte Bernward Ironie. Anselmus hatte kaum zugehört. Ihn trieb es ohne Ruhe freisum in Gedanken. „Weiter“, sagte Egidius, „ein Lustmord. Es sind Tiefen, in die wir nicht reichen können. Jrgendwo ist Mord in jedem Trieb, der vom Mann zur Frau geht. Wir müssen still sein dazu. Der Mann ist dem Arzt übergeben, wenn auch kein Arzt den Trieb heilen kann. Leonhard verwendet ihn als Gärtner und ich hoffe manchmal für ihn, wenn ich ihn zwischen meinen sanften Geschöpfen besuche. Er hat auch eine Frau gefunden, sie liebt ihn sehr, sie hat sich nach der Tat zu ihm gesunden und wenn sie stark ist, wird sie ihm vielleicht helfen können. Der andere Mord — oder eigentlich Mordversuch ist in deinem Distrikt geschehen, Bernward und dreht sich um eine Nähmaschine. Ich muß hier sagen, daß von der kleinen Anzahl der Verbrecher drei im Bereich deiner Einrichtungen geschehen sind, Bernward. Es ist mir leid, beinethal en und um der Armen wegen, die du von der Erde abschneidest, daß sie irgendwie verdorren, wie wir alle verdorrt waren. Du hast einer Frau eine Nähmaschine geschenkt, damit sie für dein Hotel nähte. Sie hat nun nach die Abende dazu genommen, nähte, nähte, für alle Frauen im Hotel, dann für die in dem Stadtwinkel, dann zog sie sogar Frauen aus dem Dorf heran, und alle brachten etwas und tauschen und feilschen, stahlen und trugen es hin — einen Hexenkeßel von Reib, Eifersucht, Unwahrheit und allem liebten hat deine Nähmaschine geboren, Bernward —“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Sozialdemokratie und Bodenreform

lautete das Thema, über das am Freitagabend Landtagspräsident Genosse Peus aus Dessau in der Landwirtschaftlichen Hochschule sprach. Er forderte, daß die Sozialdemokratie alles tue, um den arbeitenden Menschen mit dem wichtigsten Produktionsmittel, dem Boden, wieder in Verbindung zu bringen. Das könne und müsse geschehen durch die zur progressiven Wacht werdende Grundsteuer, welche die Grundrente für die Gesamtheit in Anspruch nehme und den bloßen vom Grundrente lebenden Besitzer von Land, der nicht selber auf dem Lande arbeite, auf ihm wohnt oder produziert, mehr und mehr unmöglich mache. Wenn man an der darin liegenden Expropriation des Grundeigentums Anstoß nehme, so sei auf die ungeheure Expropriation zu verweisen, die zurzeit zugunsten des sich ungeheuer bereichernden Grundbesitzes allem mobilien Geldkapital gegenüber stattfindet. Der entschuldete Grundbesitz in Stadt und Land müsse jetzt durch die Grundsteuer, die mindestens nach dem jeweiligen Roggenpreise sich zu richten habe.

Von höchster Wichtigkeit sei ferner das durch ein Bodenreformgesetz festzustellende Ankaufsrecht von Staat und Gemeinde gegenüber jedem Grundwert, der zum Verkauf gelangen solle, und zwar zu dem der Besteuerung zugrunde gelegten Wert, damit durch den Staat und die Gemeinde die Zuteilung des Landes an die Bedürftigen erfolgen könne. Bei dieser Zuteilung sei besonders zu beachten, daß die Produktion, welche im Eigentum auf einer mäßig großen Gartenfläche im Rahmen der Familie geleistet werden könne, die erfolgreichste sei. Peus plädierte auch für den bäuerlichen Betrieb, der ohne wesentliche fremde Beihilfe im Rahmen einer Familie bewirtschaftet werden könne. Die elektrische Kraft mache den Familienbetrieb heute in der Landwirtschaft dann erntenzähig, wenn er als Heimstätte gegen kapitalistische Hutsabschneider gesichert werde und im übrigen sich selber durch Versicherung und genossenschaftliche Gemeinschaft sichere. Der Sozialismus müsse zumal in der Landwirtschaft von unten wachsen. Die Sozialdemokratie aber müsse nicht nur das sozialisierte Eigentum an Produktionsmitteln erstreben, sondern auch das Familien- und Einzeligentum sichern, denn auch in diesem wird die Verbindung des arbeitenden Menschen mit dem Produktionsmittel wieder hergestellt. Mit großer Wärme trat endlich Genosse Peus dafür ein, daß, wenn wir heute den Bedürftigen ihr Eigenheim mit Haus noch nicht beschaffen können, wir's ihnen wenigstens schon ohne Haus verschaffen. Die Sozialdemokratie müsse unbedingt die Boden- und Wohnungsfrage lösen, nur dadurch könne sie auch die politische Macht im Staate gewinnen. Auf papiernen Stimmzetteln könne ihr Fundament nicht aufgebaut werden, wohl aber auf der Herrschaft über den Boden und mit Menschen, die im Eigenheim ein wahres Menschenglück genießen.

Zur Preisentwicklung. In der vergangenen Woche hat sich die Mark wertlich besser gehalten, als in der ersten Novemberwoche. Vor damals der Dollar auf mehr als 9000 hinaufgeschneit, so waren in der letzten Woche Kurse von 6000-6500 üblich, die Mark hatte also fast ein volles Drittel der früheren Kaufkraft gewonnen, und erst gegen Wochenende stieg der Dollar wieder über 7000 hinaus. Eine Erleichterung am Warenmarkt ist von dieser Besserung der Mark je-

doch nicht zu spüren, wenigstens nicht im Kleinhandel. Hier ziehen die Preise unermindert weiter an und nur ganz wenige Waren, die sich automatisch der Wäuna anpassen pflegen, insbesondere Fette, zeigten eine geringe Senkung. Auf allen übrigen Gebieten aber drehte sich die Preischaube, allerdings in verlangsamtem Tempo, weiter. Im Großhandel dagegen waren die Preisrückgänge bereits zahlreicher und sie wogen sogar die inzwischen erfolgte Preiserhöhung mancher industrieller Inlandswaren auf. So kam es, daß der Großhandelspreisindex der Industrie- und Handelszeitung eine geringfügige Senkung um noch nicht 1 Proz. (genau 0,8 Proz.) aufwies. Er ermäßigte sich gegen die Vorwoche von 1376 auf 1365 Punkte. Also trotz dieser Senkung steht das durchschnittliche Niveau der Preise von 44 Waren im Großhandel auf dem 1365fachen Vorkriegsstand! Bedenkt man, daß der Kleinhandel im großen Durchschnitt längst noch nicht diesen Preisstand erreicht hat, so ergibt sich, daß der Lebenshaltung der Arbeiterschaft immer noch weitere Einschränkungen drohen. Bestätigt wird diese Befürchtung durch die Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten nach den Reistungen der Berliner Gewerkschaftskommission trotz des Preisstillstandes im Großhandel noch weiter, etwa um ein Zehntel gestiegen sind. Hier macht sich also das Gesetz geltend, daß der Kleinhandel der allgemeinen Preisbewegung nur schleppend folgt, daß er also die Preise selbst dann noch heraufsetzt, wenn die Großhandelspreise bereits rückgängig sind, weil die letzteren sich mit den denselben bedeutend rascher verteuert haben, als die zum großen Teil noch aus älteren Lägern stammenden Waren. Aus diesem Grunde ist aus dem zeitweiligen Stillstand der Warenpreise keinesfalls zu schließen, daß nun auch die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch einen Preisabbau in absehbarer Zeit eine Besserung erfährt. Die neue katastrophale Devisenwertung hat jede Hoffnung nach dieser Richtung im Reime erstickt. Eine obere Grenze kann den Preisen eben nur durch eine Stabilisierung der Mark gesetzt werden.

Zur Lage der Schuhindustrie. Interessante Ausführungen zur Lage der Schuhindustrie machte auf der Generalversammlung der Schuhfabrik Eugen Wallersteins A.-G., Offenbach a. M., der Vorstand dieses Unternehmens. Er teilte mit, daß es zurzeit noch mit festen Austrägen für mehrere Monate versehen sei. Jedoch sei durch die weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse gerade die Lage der Schuhindustrie immer schwieriger geworden. Durch die in letzter Zeit wieder sprunghaft gestiegenen Preise der Rohstoffe, Leder, Textilfabrikate und sonstigen für die Schuhfabrikation erforderlichen Materialien sowie der Löhne, Gehälter und anderen Aufwände sei erneut eine entsprechende Verteuerung der Fertigerwaren eingetreten. Die scharfen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der Lieferanten, die fast ausnahmslos ihre Preise nach dem jeweiligen Dollarstande festlegten und teils Vorauszahlung, teils sofortige Zahlung bei Übernahme der Waren verlangten, erschweren außerordentlich die Beschaffung der zur Aufrechterhaltung der vollen Produktion erforderlichen Betriebsmittel, um so mehr, als es der Schuhindustrie bisher nicht möglich gewesen sei, ihre Verkaufspreise und Lieferungsbedingungen in gleicher Weise wie ihre Lieferanten der jeweiligen Geldwertung voll anzupassen. Im Schuhkleinhandel mache sich wieder infolge der allgemeinen unsicheren Wirtschaftslage eine Absatzstockung bemerkbar, die auf die Erzielung von Austrägen und die Leistung von Zahlungen seitens der inländischen Abnehmer nicht ohne Einfluß sei; auf der einen Seite müsse daher der Schuhfabrikant seinerseits die Waren sofort bezahlen, ohne auf der anderen Seite von seinem Abnehmer auf ebenso raschen Eingang der Zahlungen rechnen zu können. Auch die Pländerungen von rheinischen

Schuhgeschäften in den letzten Tagen hätten mit dazu beigetragen, die Schuhhändler erheblich zu beunruhigen und mit der Erteilung von Aufträgen zurückzuhalten.

Der Richtpreisausschuß des Stahlbundes beschloß die seit dem 16. November geltenden Richtpreise (Wertgrundpreise) für Thomasmaterial bis auf weiteres unverändert bestehen zu lassen. Der Mehrpreis für Lieferung in Siemensmartinhandelsgröße wurde ab 29. November 1922 von 15 000 auf 25 000 erhöht. Desgleichen wurden die Preise für Stabeisen und die übrigen Erzeugnisse entsprechend erhöht. Richtpreise (Wertgrundpreise) für 1000 Kilogramm Siemensmartinhandelsgröße: Stabeisen 244 200 M.

Vertikalkonzentration in Oberschlesien. Die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gleiwitz hat die Majorität der Aktien der Preußengrube erworben. Die Gesellschaft, welche bereits im niederschlesischen Revier wertvolle Kohlenbergwerke besitzt, will damit auch in Deutsch-Oberschlesien nahe ihren deutschverbliebenen Werken eine Kohlengrube sich angliedern. Zur Durchführung dieser Angliederung soll die Erhöhung des Aktienkapitals um 75 Millionen Mark Stammaktien erfolgen.

Die größte russische Holzkonzession. Eine Gruppe norwegischer Holzhändler hat mit dem Vertreter der Holzverwertungsgesellschaft von Omega in Norrbotten eine neue russisch-norwegische Gesellschaft unter dem Namen „The Omega Forest Industry Co. Limited“ gegründet. Die Hälfte der Aktien der Gesellschaft gehört der russischen Sowjetregierung, die andere Hälfte den norwegischen Teilhabern. Die Konzession umfaßt alle Wälder im Becken des Onegastuffes. Es ist das die größte Holzkonzession, die Rußland bis jetzt vergeben hat.

Rückgang des österreichischen Notenumlaufs. Der Notenumlauf der österreichisch-ungarischen Bank weist nach dem Stande vom 23. November 8133 Milliarden auf. Zum ersten Male seit Wochen ist ein Rückgang zu verzeichnen, der 28 Milliarden Kronen beträgt.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Devisentafel sind noch folgende amtliche Kurse nachzutragen: 1 russische Mark 216,95 Geld, 218,05 Brief; 1 japanischer Yen 4214,45 Geld, 4235,57 Brief; 1 brasilianischer Milreis 1102,23 Geld, 1107,77 Brief; 1 spanischer Peseta 1341,63 Geld, 1348,57 Brief; 100 österr. Kronen abgest. 12,66 Geld, 12,74 Brief; 1 tschechische Krone 269,82 Geld, 270,88 Brief; 1 ungarische Krone 3,49 Geld, 3,51 Brief; 1 bulgarischer Lewa 62,84 Geld, 63,16 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 111,72 Geld; 112,28 Brief. 100 Polenmark kosteten im freien Verkehr etwa 50,50 M.



Kriegsanleihe wird zu 94%, nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

Nur solange Vorrat!!!

Nie wieder so billig!!!

Astrachanmäntel auf Herren-
futter 8500-26000 | Katzenjacken, imitiert . . 15000-22500
Flaschmäntel, weite Glockenform 9500 | Flaschmäntel 13500-22000
Strickjacken, reine Wolle 9000-12000 | Reinwollene Hammgarn-Kostüme 33000

Mohär-Persianermäntel, Sealplüschmäntel, Seldenplüschmäntel, Fantasieärmel, Eskimomäntel, Affenhautmäntel!
— bedeutend billiger wie die heutige Einkaufspreise —

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 93/95.
Geschäftszeit norm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Kommissionssitzung

ber. Haus- und Geldschrankschlosser.

Näturna! Hauptgruppe II. Näturna!
Untergruppen 3 und 4.

Heute, Mittwoch, den 29. November,
abends 7 Uhr, im Verbandshaus
(Sitzungsraum), Dinstenitz, 85-86.

Verammlung

aller Betriebsräte.

Tagessordnung: 1. Das Erbrecht
mit Befehlen des Betriebsratsorgans
Kaufkraft: Kollegiale. 2. Gruppen-
angelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Heute, Mittwoch, 29. Novbr., abends
7 Uhr, bei Böhmig, Brunnenstr. 29.

Außerordentliche

Vertrauensmänner-Konferenz

der Wäcker, Isolierer,
Ampragnierer, Kollektorbauer,
Transformatorbauer, Batterie-
und Cementarbeiter.

Tagessordnung: Stellungnahme zu
dem geplanten Fortzug.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Zeitungsausgabestelle
Wäschke, Treptow, Heidel-
berger Straße 80/81, ist hiermit
aufgehoben. An deren Stelle
tritt Restaurant Kother, 50 26,
Riesholzstr. 35.
130/30 Die Ortsverwaltung.



Ultimo-Angebote

Wir bringen in dieser Woche große Posten Herren-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, Ulster, Lodenmäntel, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Winter-Joppen
erstklassig verarbeitet, vollständiger Ersatz für Maß
50 Prozent
unter heutigem Tagespreis zum Verkauf. — Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit, nur soweit Vorrat:

- Prima Strapazier-Anzug auf Woll-Serge, engl. Rippe . . . von Mk. **16990** an
- Sport-Anzug, 3 teilig mit Brecheshose von Mk. **15890** an
- Herrn-Anzüge dunkelbl. Tuchcheviot, hohle Kante und Handknopflöcher . . . von Mk. **19500** an
- Schlüpfer m. angewickeltem Futter von Mk. **12000** an
- Herrn-Paletots auf Woll-Serge u. Sammettragen, große Größen . . . von Mk. **12500** an

Anzahlungen zur späteren Abholung gestattet.
Mengenabgabe vorbehalten. **KLAPEKO** Hein Verkauf an Händler.
die gute Herrenbekleidung
in der Passage am Alexanderplatz, Alexanderstraße 30-40,
Aufgang A, 1. Etage, gegenüber dem Polizeipräsidium.



Was wünsche ich mir zu Weihnachten?

Einen
DKW

Entweder einen DKW-Einbaumotor für mein altes Fahrrad oder ein DKW-Leichtmotorrad mit Trekkurbellager.

Dann bin ich von der Eisenbahn unabhängig! Und dass der DKW-Motor der beste ist, erwies die Reichsfahrt 1922 vom 4.-7. Okt. über 850 km, die von Leipzig nach Königsbrück, Landeshut, Breslau, Frankfurt und nach Berlin-Grünwald führte. Da waren 10 DKW am Start und auch 10 DKW am Ziel. Als Sieger beim Bergrennen und Flachrennen und in der Gesamtbewertung belegte DKW den 1., 2., 3., 5., 6., 7., 8., 9. Preis in der Klasse Ia (2., 5., 8. Preis Zetgeleikrafttrad-Görlitz mit DKW) und den 2., 4., 7., 9., 10. Preis in der Klasse Ib gegen weit stärkere Maschinen.

Also nur einen **DKW** nichts anderes!
Zschopauer Motorenwerke J. S. Rasmussen, Zschopau 25 / Sachsen

